



## Verhandlungsschrift,

über die am **Montag, 19.12.2016**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **11. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 20.02 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 10. Sitzung des Gemeinderates vom 07.11.2016 liegt zur Einsichtnahme auf.

---

**\*Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 07.12.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Ich habe jedem Gemeinderatsmitglied ein kleines Lichtlein auf den Platz gestellt, damit diese Sitzung im gewohnten Frieden in der besinnlichen Zeit ablaufen möge. Anleihe davon nahm ich mir bei Dr. Peter Csar, der einst im Jahr 2009 als damaliger Fraktionsobmann mir und Hermann Wimmer ebenfalls ein Lichtlein schenkte. Diese Sitzung wurde auf einem sehr freundschaftlichen und friedlichen Niveau abgehalten. Wenn wir dieses Friedenslicht allen Gemeinderäten übergeben, wird dieses vielleicht auf die ruhige besinnliche Zeit übertragen.

## Dringlichkeitsanträge:

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend die freien oder freiwerdenden Stellen der  
allgemeinmedizinischen Praxen in der Stadt Wels  
nachzubesetzen  
DI-Verf-2032-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

GR. Ganzert: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abänderung der Tagesordnung. Die SPÖ-Fraktion hätte gerne die Punkte 14. und 17., also die beiden Anträge betreffend Jugendherberge, am Anfang der Sitzung besprochen. Es macht keinen Sinn, zuerst bei Punkt 3. über die Schließung der Jugendherberge zu diskutieren und dann erst über die Weiterführung.

Bgm. Dr. Rabl: Über Geschäftsordnungsanträge ist sofort abzustimmen, wobei ich glaube, dass die Tagesordnung vom Bürgermeister zu Recht so festgelegt wurde, wie sie vorliegt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Ganzert auf Abänderung der Tagesordnung wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erwerb des Objektes "Greif-Stadttheater"  
DI-Verf-2033-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 12 im Objekt Wels,  
Dr. Breitwieser-Straße 16  
DI-Verf-2031-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen jetzt zur Tagesordnung, wobei Dringlichkeitsanträge üblicherweise zum Schluss der Tagesordnung abgehandelt werden. Aufgrund der besonderen Dringlichkeit des Antrages über den Erwerb des Objektes "Greif-Stadttheater" werde ich diesen Dringlichkeitsantrag der Tagesordnung voranstellen, damit wir dieses Thema sofort diskutieren können.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erwerb des Objektes "Greif-Stadttheater"  
DI-Verf-2033-2016

Bgm. Dr. Rabl: Wir erfuhren im Sommer 2016 davon, dass die Möglichkeit besteht, das Objekt Greif in der Gesamtheit vom jetzigen Eigentümer Franz Josef Doppler erwerben zu können. Es war für alle etwas überraschend, weil das Gebäude von ihm erst eineinhalb Jahre vorher saniert wurde. Diese Eigentümerentscheidung gab den Ausschlag dafür, dass der Kulturreferent Reindl-Schwaighofer die Idee hatte, das Greif in seiner Gesamtheit zu erwerben. Dieser Idee konnten wir vorerst nicht näher treten und diese wurde von uns verworfen. Allerdings zeigte sich dann sehr schnell, dass in der Zukunft die Notwendigkeit bestehen wird für eine entsprechende Sicherheit zu sorgen. Aus diesem Grund überlegten wir uns den Mittelteil des Greifs tatsächlich zu erwerben.

Es war für uns so wichtig, weil wir wissen, dass das Stadttheater nur bis 2029 von der Stadt gemietet ist und es danach keine Verlängerungsmöglichkeit mehr gibt. Wir beauftragten in der Folge den Herrn Baudirektor zur Eruiierung der Kosten für die Errichtung eines neuen Stadttheaters. Dabei kam es zu Werten zwischen 30 und 40 Mio. Euro. In Anbetracht dessen, dass bereits in zwölf Jahren die Nutzung des Greifs endet, war für mich völlig klar, dass zumindest dieser Bereich sichergestellt werden muss. Diese Meinung teilte die ÖVP-Fraktion zur Gänze und wir kamen überein, dass wir in einer Machbarkeitsstudie prüfen sollen, ob es nicht möglich ist diesen Mittelteil des Objektes Greif als Stadt Wels zu erwerben.

Die Machbarkeitsstudie ergab in der Folge, dass es zielführend ist dort ein Verwaltungsgebäude zu errichten und damit das Stadttheater für die Stadt Wels dauerhaft sicherzustellen. Im September fassten wir einen Beschluss im Stadtsenat, dass ich als Bürgermeister mit dem Eigentümer verhandle, um diesen Mittelteil zu erwerben. Der damalige maximale Kaufpreis verlief sich auf 2,8 Mio. Euro zuzüglich der auf diesen Teil entfallenden Umsatzsteuer. Die Verhandlungen wurden aufgenommen und eine Einigung erzielt. In der Folge begannen die Gespräche über die vertraglichen Abgrenzungen.

Ich möchte betonen, in den letzten Monaten wurden sehr intensive, sehr schwierige Verhandlungen geführt, die extrem komplex waren, da wir Verträge nicht nur über Nutzungs- sondern auch über Eigentumsrechte verhandelten. Insgesamt ist das einer der wesentlichsten und wichtigsten Projekte der Stadt Wels für die nächsten Jahrzehnte. Wir reden immerhin davon, dass es nicht nur um eine Budgetausgabe in Höhe von 10 Mio. Euro für die Neuerrichtung des Verwaltungsgebäudes und vor allem auch für die Sanierung des Stadttheaters geht, denn das Stadttheater ist in einem erbärmlichen Zustand. Es wurde seit mindestens 25 Jahren nicht mehr wirklich etwas saniert. Die Bühnentechnik ist in Ordnung. Aber sowohl der Eingangsbereich, der Foyerbereich und die Sessel gehören verbessert, ausgetauscht bzw. erneuert. Das Gleiche gilt für die Toiletten- und Sanitäranlagen. Investitionen, die auf jeden Fall gemacht werden sollten, wenn wir uns dazu bekennen, dass das Greif eine wesentliche Kulturstätte für die Stadt Wels ist. Aus meiner Sicht ist sie das auch. Das Stadttheater ist aus dem Kulturleben der Stadt nicht wegzudenken. Nach der Auslastung zu schließen, wird das Stadttheater von der Kulturszene sehr gut genutzt bzw. von der Bevölkerung sehr gut als Veranstaltungsort angenommen. Deshalb ist es aus meiner Sicht extrem wichtig diesen Platz für die Stadt zu sichern und zu sanieren. Wenn das noch einhergeht mit moderner Büroinfrastruktur, so ist das ein sehr verantwortungsvoll gesetztes Handeln.

Die Zeitschiene ist fest definiert. Im Jahr 2017 werden wir mit der Planung beginnen, im Jahr 2018 mit den Ausschreibungen und die Anbote einholen. Ende 2018 soll dann tatsächlich mit dem Bau begonnen werden. Ein Jahr lang können keine Theatervorstellungen stattfinden. Hier müssen Alternativkonzepte erarbeitet werden. Dabei wird die Kulturverwaltung beste Arbeit leisten, um einen ununterbrochenen Kulturbetrieb möglich zu machen. Insgesamt glaube ich, handelt es sich um ein herausragendes Projekt. Auch deshalb, weil wir eine Servicezone für die Bürger dieser Stadt errichten, wo sie vor Ort direkt nach dem Aussteigen aus dem Bus am Kaiser-Josef-Platz alle benötigten Maßnahmen und Hilfestellungen direkt in dieser Servicezone erhalten. Das beginnt beim Meldezettel bis zum Bauverfahren, Gewerbeverfahren etc. – also eine Anlaufstelle für alle Bürger, verkehrsnah gelegen in moderner Umgebung. Das ist ein Zukunftsweg, vor allem, wenn daneben das Kaffeehaus erhalten bleiben soll. Es ist also unmittelbar ein Ort der Kommunikation vorhanden, deshalb ist es richtig diese Kaufentscheidung zu treffen und daraus das zweite Verwaltungsgebäude der Stadt Wels zu machen.

Was passiert mit dem jetzigen Amtsgebäude II oder dem Gebäude Stadtplatz 55? Bei Fertigstellung des Gebäudes Greif werden wir diese zwei Häuser verkaufen. Wir werden prüfen, welche Preise dafür erzielt werden können. Das Ziel ist einen erheblichen Teil der Kosten - vom Ankauf bis zum Umbau - wieder refundiert durch den Verkauf dieser zwei Gebäude zu bekommen.

Diese Beschlussfassung ist deswegen dringlich, weil es eine Option auf die Auflösung des Mietvertrages vom „Backwerk“, welches im Erdgeschoss gelegen ist, gibt. Dieser Mietvertrag muss gekündigt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Stadt Wels vor dem 30.12.2016 den Kaufvertrag unterfertigt. Beschließen wir das in der heutigen Gemeinderatssitzung nicht, können wir das ganze Projekt nicht umsetzen, weil dann auch die Servicezone für die Stadt Wels wegfallen würde.

Das war für uns ein wesentlicher Punkt. Den Zeitdruck machten wir uns nicht selbst, sondern wurde uns von dritter Seite auferlegt. Sobald es möglich war haben wir die Fraktionen eingebunden. Möglich war dies erst Anfang Dezember, weil zu diesem Zeitpunkt die Verträge der Anwälte soweit fertig waren, dass sie ausgeschickt werden konnten. Vorher war das nicht möglich. Aus diesem Grund ist es sinnvoll heute diesen Beschluss zu fassen. Die Fraktionen bekamen einen Erstentwurf der Verträge, einen weiteren Entwurf eine Woche später – trotzdem war insgesamt nicht viel Zeit. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei allen Fraktionen, dass sie sich die Zeit nahmen und die Mühe machten, diese Verträge in so kurzer Zeit zu prüfen und die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen zu beurteilen.

Naturgemäß gab es im Laufe des Prozesses unterschiedliche Meinungen, wie dieser Prozess abgewickelt werden kann, ob es überhaupt möglich ist das Objekt zu kaufen. Thema war auch, dass Grundstücksteilungen gar nicht möglich sind. Erst später wurde diese Frage mit entsprechenden Feuermauern rechtlich gelöst. Es war eine baulich und rechtlich sehr komplizierte und komplexe Angelegenheit. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich sehr herzlich bei den Beamten, bei Herrn Stadtbaudirektor DI. Pany, bei Ing. Christian Hess und bei Frau Dr. Peternell, die die Verhandlungen federführend führten. Es ist wichtig, wenn Not am Mann oder der Frau ist und dringliche Sachen erledigt werden müssen, gerade wenn es um solche zukunftsweisende Entscheidungen für die Stadt geht, dass es ganz besonders wichtig ist eine Beamtenschaft zu haben, auf die wir bauen können und die unter hohem Druck sehr viel weiterbringt und alle

Aspekte mitbedenkt. Manche arbeiteten am Wochenende und bis spät in die Nacht, damit die Verträge abgeschlossen werden konnten.

Die Verträge liegen nun vor, sie wurden auch versandt. Ein Fruchtgenussrecht betreffend Backwerk ist vorhanden und es gibt ein entsprechendes Förderregime – auch das ist sehr kompliziert, ein sog. Altstadtförderungs- und –sanierungsdarlehen. Dieses Darlehen kann nur ein Eigentümer erhalten. Der vordere und der hintere Teil wurden von einer Investorengruppe gekauft. Der die Stadt Wels betreffende Teil ist neben dem Backwerk im Erdgeschoss, der sog. Mittelteil. Dieser beginnt in der Rainerstraße und geht zurück bis zum Familienbund, bis zur Einfahrt des Greifs – damit sie sich das ein wenig vorstellen können. Ich ersuche um Diskussion.

StR. Lehner: Zum Ankauf des Hotel Greifs gibt es meiner Meinung nach vier wesentliche Gründe. Erstens können wir mit diesem Ankauf das Bürgerservice verbessern. Die Lage des Bürgercenters ist optimal öffentlich erreichbar, entsprechende Parkflächen in der Kaiser-Josef-Platz-Tiefgarage sind vorhanden, barrierefrei können wir unseren Welser Bürgern ein optimales Service anbieten. Das ist für eine Stadt wichtig, in der es immer wieder Kritik gab, dass das Rathaus am Stadtplatz für ältere und für beeinträchtigte Menschen schwer erreichbar ist. Jetzt kommen Serviceleistungen der Stadt dorthin, wo sie leicht erreichbar sind, auch mit dem öffentlichen Verkehr. Das ist für mich ein wichtiges Argument.

Der zweite Aspekt ist die Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiter zu verbessern. Wir errichten im Bereich der Rainerstraße ca. 140 Büroarbeitsplätze. Jeder, der derzeit die Arbeitsplätze im Amtsgebäude II kennt oder auch am Stadtplatz 55 weiß, dass diese Arbeitsplätze nicht so ausgestattet sind, um dort vernünftig, modern, in Teams zusammenzuarbeiten. Dazu braucht es eine moderne Infrastruktur. Diese wollen wir in der Rainerstraße, im Bereich des Hotel Greifs zukünftig anbieten.

Der dritte Aspekt – dieser für mich ein besonders wichtiger – ist, dass wir mit dem Ankauf und der Vereinbarung zur Generalsanierung eines klaren Bekenntnis der Welser Stadt zum Thema Kultur aussprechen. Das ehrwürdige Theater Greif langfristig abzusichern, zu modernisieren, die im Theater vorhandene Problemzone – das Foyer mit 2,10 m Raumhöhe ist nicht ansprechend, nicht großzügig, nicht modern, kein schönes Ambiente, sondern es wirkt einfach zu niedrig, zu klein, ein bisschen schäbig – zu verbessern, ist uns ein Anliegen. Wenn es gelingt mit diesem Beschluss das Theater über das Jahr 2029 hinaus abzusichern, ist das ein Argument, welches nicht nur den Kulturreferenten erfreut – danke an ihn für die Idee das Greif zu kaufen – sondern über Jahrzehnte hindurch Früchte tragen kann.

Der vierte Aspekt ist das planerische Argument. Als Planungsreferent der Stadt Wels bin ich immer wieder damit konfrontiert, dass man Dinge, die an das Stadtplanungsbüro herangetragen werden, versucht mitzugestalten. In Kooperation mit den Investoren – wir haben hier im Laufe der Diskussion eine gute Gesprächskultur entwickelt – bin ich überzeugt, dass wir ein Gebäude an einem der wesentlichsten Plätze in unserer Stadt gemeinsam so gestalten können, dass es ein wirklich attraktives Gebäude wird, wo wir alte Bauteile erhalten und neue Bauteile ergänzen, damit sowohl Historisches als auch Modernes perfekt kombinieren, sprich aktiv als Stadt Wels in diese Planung eingreifen können und nicht nur passiv im kleinen Bereich mitzuwirken, um die Stadt zu verschönern. Dazu gehört es, wenn man von Planung spricht, dass man Dinge im Vorfeld verhindert. Wir wissen, es gibt eine Investition in diesem Bereich und wir wollen

nicht als Stadt Wels Gefahr laufen, dass in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten ein Schandfleck entsteht, denn es kann niemand einen Eigentümer zwingen sein Bauwerk entsprechend instand zu halten, zu investieren und zu modernisieren. Es war durchaus möglich, dass irgend Jemand das Gebäude kauft und die nächsten 10/15 Jahre nur im Bereich der Rendite optimiert und die vorhandenen Räumlichkeiten entsprechend vermietet, aber keine Impulse in unserer Stadt setzt. Dass es hier entsprechende Impulse gibt war mir wichtig. Der Kaiser-Josef-Platz als einer der wichtigsten Plätze, der sich zunehmend in einen Dienstleistungsplatz entwickelt, erhält dadurch neue zusätzliche Impulse.

Diese genannten Argumente sprechen für den Ankauf des Hotel Greifs und ich freue mich auf eine spannende Phase, die jetzt beginnt mit einem zu erstellenden Raum- und Funktionsprogramm, die damit weitergeht entsprechende Wettbewerbe auszuscheiden, um zu einer optimalen Gestaltung zu kommen. Der Höhepunkt wird dann in einer spannenden Bauphase gefunden, die am Ende dazu führen wird, die Stadt Wels wieder schöner und attraktiver zu gestalten, vor allem auch im Kulturbereich und als Dienstgeber für die Mitarbeiter des Hauses Magistrat.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Bgm. Dr. Rabl: Antrag zur Geschäftsordnung: Gemäß § 18 GOGR setzt der Bürgermeister die Tagesordnung für die Sitzung des Gemeinderates fest und bestimmt auch die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände. Allerdings ist im § 7 GOGR enthalten, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschließt sind Dringlichkeitsanträge nach der Erledigung sämtlicher übrigen Anträge zu behandeln. Wir hätten also über die Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages vor der Tagesordnung abstimmen sollen. Ich habe diese Ausnahmebestimmung nicht auswendig im Kopf, das bedaure ich. Deshalb ersuche ich diese Abstimmung über die Behandlung des Dringlichkeitsantrages vor Eintritt in die Tagesordnung jetzt nachzuholen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung über die Behandlung des gegenständlichen Dringlichkeitsantrages vor Eintritt in die Tagesordnung wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)  
und 9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
und 4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion + GR. Schönberger)

angenommen.

GR. Ganzert: Festhalten möchte ich, dass ich diese Vorsitzführung für beschämend finde und dass ich mich so fühle, als wären wir im September bei der sogenannten außerordentlichen Gemeinderatsitzung. Der Herr Bürgermeister hat schon mehrfach bewiesen, wie er mit seiner Vorsitzführung umgeht. Das finde ich deshalb beschämend und sehr traurig, weil wir versucht hätten als Opposition gemeinsam einen Geschäftsordnungsantrag betreffend Tagesordnung zu stellen, einfach mit der Bitte eine sachliche Diskussion anders führen zu können. Dieser Antrag wurde einfach abgeschmettert. Dann wurde ohne Diskussion und ohne notwendigen Beschluss mit der Debatte begonnen. Jetzt haben wir diesen Beschluss nachgeholt. Es ist für mich sehr unglücklich verlaufen, das möchte ich festhalten.

Genauso unglücklich verlaufen ist, wie gesagt, auch der Informationsstand zum Projekt Greif. Der Herr Bürgermeister sprach zwar davon, dass alle Fraktionen bzw. die Fraktionsvorsitzenden rechtzeitig darüber informiert wurden. Diese Meinung teile ich ganz und gar nicht. Es stimmt zwar, dafür möchte ich mich bei Herrn StR. Reindl-Schwaighofer bedanken, dass der Vorschlag auf Ankauf des Objektes Greif von ihm kam. Nach anfänglicher Zurückhaltung hat der Herr Bürgermeister jedoch diesen Vorschlag angenommen und forciert. Im Sommer gab es im Welser Stadtsenat eine entsprechende Beschlussfassung.

Wir sind aber erst vor gut zwei Wochen zum ersten Mal in einer informellen Runde über aktuelle Pläne, Vertragsentwürfe, informiert worden. An dieser Stelle möchte ich die Möglichkeit nutzen mich bei allen Kollegen, die mit der Erstellung dieser Verträge betraut waren, dafür zu bedanken, bei Herrn Stadtbaudirektor, bei Frau Dr. Peternell und bei Herrn Ing. Hess. Bei der am 12.12.2016 stattgefunden Besprechung sagte ich bereits, es liegen kaum Informationen vor. Knapp zwei Wochen vor der heutigen Gemeinderatsitzung gab es erste Vertragsentwürfe, da es mit den Vertragspartnern scheinbar sehr schwierig und auch zeitlich nicht einfach war. Erst am vergangenen Freitag, kurz vor 12.00 Uhr mittags, bekam ich diesen Dringlichkeitsantrag. Das ist der Grund, warum wir als SPÖ-Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag nicht mitunterzeichneten, weil wir sagten, es war uns nicht möglich diesen in so kurzer Zeit entsprechend auf Plausibilität zu prüfen bzw. entsprechend durchzulesen. Wir hatten das vergangene Wochenende Zeit sich in dieses Konvolut einzulesen. Deswegen sind wir heute mit der Dringlichkeit einverstanden und können somit über den Sachverhalt diskutieren. Wie gesagt, die Vorgangsweise mit mangelnden Informationen erinnert genauso wie die Vorsitzführung ein wenig an den damaligen ICG-Prozess.

Ebenfalls befremdlich bei diesem Thema, abseits vom Sachantrag und von der Idee das Objekt Greif zu kaufen, ist das Finanzverständnis unseres Finanzreferenten. Laut Amtsbericht kostet das Objekt alleine fast 3 Mio. Euro und zusätzliche 10 Mio. Euro excl. Umsatzsteuer sind für die Errichtung des Amtsgebäudes und weitere Tätigkeiten angeführt. Laut Herrn Bürgermeister müssen wir sparen, es gibt kein Geld, diese Stadt sei heruntergewirtschaftet worden, wir sind gezwungen worden die Sparkassenanteile zu verkaufen. Ich habe ein Bild vor Augen, in welchem der Herr Bürgermeister beim Bürgermeisterstammtisch mit VW-Autos zeigt, wie hoch der Schuldenstand der Stadt Wels ist. Noch dazu meiner Meinung nach mit falschen Daten, weil es sich auf einen Stichtag bezog, wo Rückzahlungen aus dem Aktienpaket der Allgemeinen Sparkasse noch nicht eingerechnet waren. Er verwirrt uns durchaus und sagt uns immer wieder wir müssen überall sparen und dies bei den Kleinsten, bei der Streichung von Förderungen, bei Subventionen, bei so vielen Themen. Jetzt erleben wir eigentlich immer wieder, o.k. dafür ist ein Geld vorhanden - es geht darum andere Infrastrukturprojekte zu kaufen. Das ist dann schon sehr befremdlich und sehr verwunderlich, warum jetzt der Fokus woanders hingelegt wird.

Es wird immer wieder gesagt, StR. Reindl-Schwaighofer hatte dazu die Idee. Ja, er hatte jedoch schon viel früher auch die Idee für einen Schulneubau in Wels-West. Dafür liegen die Projekte am Tisch, wir wären nicht so kurzfristig darüber informiert worden, wir hätten darüber diskutieren können. Dafür ist scheinbar das Geld vorhanden, aber der Wille nicht diese Schule zu bauen. Das ist, wie gesagt, sehr befremdlich.

Trotzdem darf ich kurz auf das Sachprojekt eingehen. Es hat durchaus Charme ein modernes Bürgerhaus und eine moderne Bürgerverwaltung zu errichten. Eine

Infrastruktur zu errichten, wo Menschen ihre Amtsgeschäfte und Erledigungen durchführen können. Mir fehlt in diesem Zusammenhang ein bisschen Kreativität. Die Stadthalle ist auch ein Veranstaltungsort der Stadt Wels. Das Stadttheater ist zwar ein Theater, aber sehr viele Veranstaltungen werden dort nicht durchgeführt, weil das Theater auf Grund seiner Größe nicht geeignet ist. Es gibt sehr viele Stimmen, die sagen, warum nehmen wir nicht Geld in die Hand und investieren in die Stadthalle, in ein modernes Kongresszentrum usw. Wenn immer wieder gesagt wird, wir brauchen eine moderne Bürgerverwaltung, warum nehmen wir nicht das Amtsgebäude II und adaptieren dieses entsprechend. Das sind für mich sehr viele Fragezeichen, wo ich dem Grunde nach sage, die Lage und der Standort Greif ist wegen des Stadttheaters deswegen so charmant, weil aus dem Amtsbericht hervorgeht, dass ein Neubau eines Theaters rund 30 bis 40 Mio. Euro kostet. Die SPÖ-Fraktion bekennt sich natürlich zum Stadttheater Greif. Es ist, wie gesagt, nur die Herangehensweise, der Informationsmangel sehr befremdlich und auch das Verhalten des Finanzreferenten, was die finanziellen Mittel der Stadt Wels betrifft.

Wir werden dem Antrag zustimmen, ersuchen jedoch einerseits bei der Vorsitzführung andererseits bei Information der einzelnen Fraktionen transparenter zu werden und entsprechend auf die Opposition und auf andere Anliegen, nicht nur auf die eigenen einzugehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Mein Vorredner führte bereits einiges aus was den Vorlauf dieses Antrages angeht. Tatsächlich war es nicht ganz einfach für uns nachzuvollziehen, welche Version von Verträgen momentan gerade die aktuelle ist, wie der Amtsbericht zu einem bestimmten Zeitpunkt aussieht. Es war wirklich sehr schwierig den Überblick darüber zu behalten.

Nichtsdestotrotz haben wir GRÜNEN uns dazu entschlossen dieses Vorhaben mitzutragen, weil wir glauben, es ist in der Tat eine einmalige Chance die Absicht des Eigentümers das gesamte Objekt zu verkaufen dazu zu nutzen in das Eigentum beim Stadttheater einzutreten. Auch die Idee eine Alternative für das tatsächlich schon in die Jahre gekommene Amtsgebäude II in der Pfarrgasse dort zu errichten, halten wir durchaus für plausibel.

Dass für die Realisierung viel Geld in die Hand genommen werden muss, ist aus den bisherigen Wortmeldungen schon klar geworden. Auf der anderen Seite wird bei sehr vielen, sehr kleinen Beträgen immer wieder gesagt, es ist nicht finanzierbar, weil die Stadt Wels finanziell den Gürtel enger schnallen muss. Dieser Widerspruch gehört unserer Meinung nach aufgelöst. Wir glauben sehr wohl, ein solches Zukunftsprojekt darf eine größere Summe kosten und wir sind bereit diesen Beschluss mitzutragen, aber wir erwarten uns auch, dass bei anderen Projekten ebenfalls ein Entgegenkommen der Rathausmehrheit möglich wird und nicht immer nur mit dem Verweis auf Sparziele die kleinsten Initiativen abgedreht werden. Ich spreche hier von der Jugendherberge, von Einrichtungen im Kulturbereich, wie z.B. dem Stadtschreiber, der auch offensichtlich im vergangenen Jahr zum letzten Mal in Wels Einzug hielt, u.v.a.m. Hier würden wir uns vielleicht eine etwas großzügigere Handhabung erwarten. Wir wissen, wir müssen sparen, aber tatsächlich gibt es Projekte - das gerade von Kollegen Ganzert angesprochene Projekt Schule Wels-West - die genauso wichtig für unsere Stadt sind und unseres Erachtens demnächst auf die Tagesordnung gehören.

GR. Hufnagl: Zu Beginn meiner Wortmeldung möchte ich eines gleich vorweg schicken: Der Nutzen von Kunst und Kultur kann nicht in Geld gemessen werden. Kultur ist immer das Produkt einer Gesellschaft, wird von ihr gestaltet und die Kultur gestaltet auch die Gesellschaft. Kultur bereichert das Leben eines jeden einzelnen. Diese Tatsache möchte ich mit meiner Ausführung nicht konterkarieren sondern gleich vorweg stellen.

Dennoch geht es für mich darum eine Balance zu finden zwischen den Themen „Was ist kulturell in einer Stadt notwendig bzw. was brauchen wir um die Vielfalt zu erhalten? Was wollen wir uns leisten? Was können wir uns leisten?“ D.h. die Frage welches Angebot wollen wir den Bürgern bieten, welches Angebot wird angenommen und welches Angebot wollen wir uns leisten.

Ein paar Denkansätze zum Thema Kultur in unserer lieben Stadt erlaube ich mir heute auszuführen. Als wir dieses Thema hörten, setzten wir NEOS uns zusammen und stellten uns einige Fragen. Z.B.: Brauchen wir das Stadttheater genau an diesem geplanten Ort? Brauchen wir das Amtsgebäude an diesem geplanten Standort? Brauchen wir das Stadttheater genau in dieser Ausführung oder könnte es anders aussehen? Brauchen wir das Amtsgebäude in dieser Ausstattung? Ist es ökonomisch sinnvoll? Ist es städtebaulich sinnvoll? Diese Fragen sollten faktenbasiert, evidenzbasiert, mit einer gewissen Vorlaufzeit, unter Einbeziehung von Spezialisten, mit einer genauen Kostenkalkulation und mit Weitblick behandelt werden. Eine Person sagte mir nach meiner Frage, was er davon hält, dass die Stadt jetzt das Objekt Greif kaufen möchte: „Das Greif gehört zu Wels, das war immer schon so.“ Auch ich feierte darin so manchen Schülerball, schaute meiner Tochter bei der Ballettaufführung zu, auch mein Herz hängt zum Teil am Stadttheater Greif. Aber wir sind alle nicht gewählt worden, um der Vergangenheit nachzuhängen. Wir sind alle gewählt worden, um in die Zukunft zu blicken und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Nun sehen wir uns die Fakten an. Was wir tun, ist das zukunftsweisend? Es soll der mittlere Bauteil (Bauteil B) gekauft werden, auch der schmale Streifen zum Kaiser-Josef-Platz soll miterworben werden. Die Kosten dafür über 3 Mio. Euro Steuergeld. Aber damit nicht genug! Bgm. Dr. Rabl erwähnte bereits, der Zuschauerraum muss saniert werden. Dieser ist in einem erbärmlichen Zustand. Auch das Foyer ist in einem ähnlich erbärmlichen Zustand. D.h. alles rund um den Zuschauerraum wird abgerissen und neu gebaut. Zusätzlich wird die Inneneinrichtung herausgerissen und neu gestaltet. In Wirklichkeit bleibt nur der Zuschauerraum bestehen. Damit das halbwegs kostenmäßig darstellbar bleibt, sagt man, o.k. man verbindet den ganzen Umbau mit einem Amtsgebäude, sozusagen als Zusatznutzen. Dies kostet 10 Mio. Euro. Haben wir dafür einen Plan oder ein Angebot? Wir haben gar nichts, lediglich eine ungefähre Kostenschätzung. Wir reden von einem ca.-Betrag. Offen ist, ob in diesen 10 Mio. Euro die Übersiedlungskosten oder die Kosten für Büroausstattung, für die Übergangszeit des Stadttheaters, welches während der Umbauzeit andernorts untergebracht werden muss, berücksichtigt wurden.

Zusätzlich steht im Amtsbericht, dass das neue Amtsgebäude ohne Stellplätze errichtet wird. Man errichtet ein Amtsgebäude für 140 Mitarbeiter ohne Parkplätze – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Jedem Privaten oder jedem Wohnbauträger sagt man, er muss Tiefgaragenplätze selbst bauen. Ja, es gibt die Kaiser-Josef-Platz-Tiefgarage. Was bedeutet das jetzt? Wenn wir diesem Beschluss zustimmen heißt das, dass wir ganz sicher auch die Tiefgarage kaufen müssen, sonst haben wir keine Parkplätze für die Mitarbeiter.

Jemand sagte, das Ganze hat Charme. Ich sage eher, es riecht nach Katastrophe. Wir haben keine Grundlage für die Schätzung von 10 Mio. Euro.

Also, wir nehmen knapp über 13 Mio. Euro Steuergelder in die Hand - 3 Mio. Euro für den Kauf, 10 Mio. Euro für die Sanierung – dann hörten wir, dass die Bühne in einem halbwegs guten Zustand ist. Das Bühnenhaus wurde 1988 umgebaut, das war vor 28 Jahren. Wir wissen, dass wir in den nächsten zehn Jahren in die Bühne einige 100.000 Euro stecken müssen. Sozusagen haben wir innerhalb von 10 Jahren das gesamte Stadttheater neu gebaut.

Mit den dagegen zu rechnenden Erlösen – es wird immer von 1,8 Mio. Euro geredet – können ein Großteil der Kosten nicht hereingebracht werden. Das sind ungefähr 13 % - selbst die Erlöse des Verkaufs der anderen beiden Liegenschaften sind nur Schätzungen. Soweit zu den Kosten.

Nun zu den grundsätzlichen Fragen der Sache: Niemand stellte sich die Frage, welche Art von Stadttheater braucht Wels in Wirklichkeit? Wir brauchen einen Ort für Ballettaufführungen, für Musical, für Theater und jeglicher Art von Musikaufführungen – das ist überhaupt keine Frage. Aber die Frage, welche mir nicht beantwortet wurde, ist, wie oft wird die Drehbühne benötigt? Wie oft wird der sog Schnürboden gebraucht? Das konnte mir noch niemand beantworten. Können gewisse Aufführungen nicht in der Stadthalle stattfinden? Kann die Stadthalle nicht adaptiert werden, damit ein Teil der Aufführungen dort stattfinden kann? Können gewisse Aufführungen in anderen Lokalen der Stadt Wels durchgeführt werden?

Wollen wir uns mit Linz konkurrieren? Brauchen wir das Stadttheater unbedingt? Ist es nicht sinnvoll größere Veranstaltungen in Linz durchzuführen? Ist es nicht gescheit überregional zu denken? Ist es nicht gescheit in Wels eher die Kleinkunst zu fördern? All diese Fragen wurden überhaupt nicht betrachtet – das ging in dieser kurzen Zeit nicht. Wie positioniert man sich als Stadt Wels im Kultur- und Kunstbereich? Diese Frage wurde für mich nicht ausgiebig beantwortet. Unbestritten ist, dass die Arbeit der freien Kunst- und Kulturschaffenden für die Stadt Wels immens wichtig ist. Diese leisten einen hohen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt Wels. Was könnte man mit dem vielen Geld für diese Welser Szene machen? Es gibt so viele Initiativen in Wels, die händeringend beispielsweise nach einer Spielstätte suchen, wie die Kleine Welser Bühne u.a. Mit diesem vielen Geld könnten viele kleine Vereine gefördert werden.

Wenn man dann doch nach reiflicher Überlegung zum Schluss kommt, ja wir wollen ein Stadttheater, dann sollte man sich die Frage stellen, warum am Kaiser-Josef-Platz? Warum baut man so eine Spielstätte nicht in das Messegelände? Vielleicht an die Stadthalle, um gewisse Synergien zu nutzen. Warum baut man nicht das Amtsgebäude in das Messegelände? Dieses Messegelände wäre für ein Amtsgebäude ideal. Zum Rathaus ist der Weg nicht weiter als vom Kaiser-Josef-Platz. Parkplätze wären vorhanden, der Grund steht im Eigentum der Stadt Wels, es bräuchte nichts abgerissen werden. Für ein Amtsgebäude wäre das Messegelände der sinnvollere Platz.

Zurückkehrend zum Stadttheater: Diese 30 bis 40 Mio. Euro sind ja auch nur geschätzt. Das sieht man bereits an dieser Varianz von 25 %, es stimmt einfach so nicht. Meine Recherchen ergaben, in Kufstein redet man von einem Bau, welcher 5 bis 10 Mio. Euro kostet. Das wird in Wels nicht gehen, aber wenn man ein wenig spart und die 12 Jahre

nutzt, bis der Mietvertrag für das Stadttheater ausläuft, würde es schon gehen. Wir müssen in diesen 12 Jahre das Stadttheater in der bestehenden Form nutzen. In diesen 12 Jahren könnte ein Konzept überlegt werden und daraus etwas Ordentliches machen. Die Angst der NEOS besteht darin, dass wir uns aufgrund einer Husch-Pfusch-Aktion oder einer „Überhapps-Entscheidung“ wieder eine Chance vertun. Die Politik in Wels hat in den letzten Jahren so viele Chancen vertan – sprich Messegelände, Flugplatz usw. Warum nimmt man sich jetzt nicht die Zeit und versucht etwas ordentlich und sinnvoll zu machen? Nicht einfach innerhalb von zwei Wochen eine Entscheidung zu treffen, wo wir die Kosten nicht genau wissen und wo wir uns keine Gedanken über den Grund und die Ziele machen konnten. Für uns ist es völlig unverantwortlich in dieser Geschwindigkeit über einen so hohen Betrag eine Entscheidung zu treffen und mit der Zukunft in Wels so umzugehen. Darum werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

StR. Lehner: Viele Dinge wurden angesprochen, die in meinem direkten politischen Einflussbereich liegen. Als Wirtschaftsreferent weiß ich, Chancen muss man dann wahrnehmen, wenn sie sich bieten. Bei einer Gelegenheit Nein zu sagen, die eine einmalige Gelegenheit ist, denn wenn das Hotel Greif an einen Investor verkauft werden würde, ist die Chance für die Stadt Wels verwirkt, wäre nachlässig. Ich hoffe der Gemeinderat bekennt sich zum Ankauf des Objektes Greif, denn die vorgebrachten Argumente sind für mich teilweise fast „aberwitzig“. Das Amtsgebäude in das Messegelände zu verlegen, ist genau das Gegenteil dessen was wir wollen. Wir wollen das Amtsgebäude zu den Bürgern bringen, zum öffentlichen Verkehr und nicht weg vom Bürger. Als einziges Verkehrsmittel das Auto zu sehen, ist für mich viel zu kurz gegriffen. Insbesondere deshalb, da die Messe Wels Gott sei Dank sehr erfolgreich ist und an vielen Tagen des Jahres am Messegelände nicht unbegrenzt Parkplätze zur Verfügung stehen. Wenn man eine ein- oder zweigeschossige Parkgarage bauen würde, sind wir bei Kosten, die ein Vielfaches von dem verlangen, was wir in der Rainerstraße planen.

Dazu kommt – das ist für mich ein wichtiger Aspekt – ein Amtsgebäude macht in der Innenstadt einen besonders großen Sinn. 140 Mitarbeiter direkt in der Stadt zu haben, die ihre Mittagspausen in der Stadt verbringen, wo es Welser gibt, die ihre Anliegen erledigen, ist für den Wirtschaftsreferenten ein wichtiges Thema. Bevor die NEOS im Gemeinderat waren, diskutierten wir bereits, wie wir mit der Landesmusikschule umgehen. Ein berechtigtes Argument bei der Verlagerung in den Herminenhof war bereits die sinkende Frequenz in der Innenstadt. Wenn wir nun bewusst ein Amtsgebäude aus der Innenstadt verlegen würden, was würde das für die Frequenz in der Innenstadt heißen? Diesbezüglich ist dieses Argument für mich nicht nachvollziehbar.

Andere Aspekte fallen direkt in meinen Bereich, wie die Schule Wels-West. Dazu ist zu sagen, es gab für einen Neubau der Schule Wels-West bereits ein fertiges Projekt. Dieses Projekt wurde im Gemeinderat von der SPÖ- und FPÖ-Fraktion abgelehnt. Jetzt müssen wir sehr behutsam damit umgehen, dass es nicht noch nachträglich Forderungen aus diesem Projekt heraus gibt und ein Projekt entwickeln, das in Wels-West zukunftsweisend ist und ein gutes Angebot für die Kinder im Westen dieser Stadt bietet. Die dafür aufzuwendende Planungszeit ist sehr wesentlich. Es steht außer Frage, dass wir uns alle zu einer Schule in Wels-West bekennen.

Ebenso wurde das für mich wichtige Thema Agenda 21 angesprochen. Mit Leidenschaft kämpfte ich in den letzten Jahren für dieses Thema. Es ist uns gelungen die Agenda mit

dem Land Oberösterreich zu verlängern und damit auch das Projekt Stadtschreiber fortzuführen, welches meiner Meinung nach ein sehr gutes Projekt für die Stadt Wels war. Wir hatten drei interessante, sehr unterschiedliche Stadtschreiber in der Stadt, nun gibt es jetzt für eine Agenda 21 in Wels keine Förderung mehr. Damit – das ist ganz klar – fällt etwas aus einem Bereich weg und fällt in den dazugehörigen Kulturbereich. Ich werde sicher StR. Reindl-Schwaighofer unterstützen, wenn er Initiativen vorbringt, die für einen Stadtschreiber 2017 sprechen. Bisher kenne ich solche Initiativen nicht, aber aus der Agenda 21 ist es logisch, dass es keinen Stadtschreiber mehr gibt. Aus der Agenda 21 gibt es auch andere Dinge nicht mehr, die durchaus wichtig wären. Andere konnten wir mittlerweile schon retten, ich denke an den FreiRaum. Es ist uns gelungen eine Lösung zu finden, die den FreiRaum absichert. Also mit Kreativität kann uns viel gelingen. Beim Stadtschreiber und anderen Dingen, wie Bürgerbeteiligung, muss und soll es auch ohne Agenda 21 in Wels gehen. Der Stadtschreiber bringt Sensibilität und Außensicht in unsere Stadt, die immer wieder gut ist.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich beginne mit dem Thema „Kauf des Stadttheaters Greif - Ja oder Nein?“ Welche Diskussion gab es dazu? Im April oder Mai d.J. griff ich dieses Thema auf, es ist eine einmalige Chance dieses Stadttheater käuflich zu erwerben. Es ist ein Teil der kulturellen Identität der Stadt Wels. Zur Frage, was machen wir mit dem übrigen Objekt, sagte ich immer, mir geht es nur um das Theater. Der Erwerb desselben ist eine „Jahrhundert-Chance“. Im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt gibt es viele Überlegungen. Mir ging es jedoch immer nur um den Ankauf des Theaters und nie darum, das ganze Objekt zu erwerben.

GR. Hufnagl versuchte heute inhaltlich in das Thema einzusteigen, das gefiel mir. Jedoch habe ich so das Gefühl, es geht beim Ankauf des Stadttheaters um eine Immobilienentwicklungsdiskussion. Das greift meiner Ansicht nach zu kurz. Betreffend Immobilienentwicklung gibt es hervorragende Gesellschaften. Dazu können wir uns einbringen, wenn es darum geht ein Amtsgebäude zu errichten. Ich sehe es nicht als ursächliche Aufgabenstellung der Stadt Immobilien zu entwickeln.

Vom Fraktionsvorsitzenden Stefan Ganzert wurde bereits angesprochen, in dieser Diskussion ist für mich irritierend, dass wir nur den Ankauf der Immobilie mit Sicherheit wissen. Alles andere ist eine millionenschwere Blackbox. Das muss man ganz klar sagen, es handelt sich nur um Vorhaben und um Überlegungen – um sonst gar nichts! Die Kosten gehen nicht klar hervor. Was wäre gewesen, wenn wir ein solches Projekt mit einem Dringlichkeitsantrag vor vier Jahren vorgelegt hätten? Jeder, der die Situation in der Stadt Wels kennt, weiß, was der Oppositionsführer zu diesem Zeitpunkt getan hätte. Einen Vorratsbeschluss – wird vielleicht schief gehen – dann können wir sagen, wir waren sowieso dagegen. Das ist nicht unser Zugang zu diesem Thema. Uns geht es darum, dass wir zum Wohle der Stadt bei solchen Entwicklungen, bei solchen Beschlüssen dabei sind.

Im Stadttheater hatten wir im Jahr 2015 210 Auslastungstage, für 2016 liegt diese Zahl noch nicht vor. Es kam zu unterschiedlichen Nutzungen, beispielsweise sind in der Stadthalle Orchesterkonzerte wegen der Akustik kaum umsetzbar. Zur Diskussion „Was brauchen wir in Wels? Fahren wir nach Linz, dann hätten wir auch nicht das Musiktheater bauen müssen, wir hätten auch nach Salzburg oder Wien fahren können.“ muss ich sagen es geht darum, dass sich Wels als kulturelles Zentrum selbst ernst nehmen sollte, um zu beweisen, dass wir sehr qualitativ hochwertige Kulturveranstaltungen haben. Für diese brauchen wir die Rahmenbedingungen.

Das Stadttheater im Zentrum der Stadt hat eine Bedeutung für die Frequenz, für den Kaiser-Josef-Platz. Die Lokalszene in Wels lebt von den Veranstaltungen im Stadttheater. Wels ist auch eine „Freizeitstadt“. Die Menschen gehen ins Stadttheater, ins Programm kino, ins Medienkulturhaus, in verschiedene Galerien – diese Veranstaltungsorte werden im Zentrum der Stadt benötigt. Natürlich ist die Parkplatzfrage bedeutend. Wenn wir ein Amtsgebäude bauen, werden im Baubescheid Stellplätze vorgeschrieben. Das ist meiner Ansicht nach die nächste Blackbox. Wie werden wir diese Stellplätze nachweisen? Wie werden wir Millionen Euro für die Tiefgarage auftreiben? Wie werden wir das alles finanzieren?

Die SPÖ-Fraktion steht dazu. Es ist für mich eine Frage des kulturellen Selbstverständnisses. Wir begannen mit der Entwicklung des Kulturleitbildes und des Kulturentwicklungsplanes. Dazu ist es notwendig zu wissen, welche infrastrukturellen Einrichtungen verfügbar sind. Mit welchen Flächen können wir arbeiten. Das Projekt WEVA wurde beschlossen. Ein Projekt, in dem geprüft wird, wie die kulturellen Veranstaltungen effizienter gestaltet werden könnten. Das sind positive Dinge. Aus diesem Grund sollten wir gemeinsam den Ankauf beschließen, obwohl wir der Meinung sind, dass mit diesem Dringlichkeitsantrag nicht die beste Variante dafür gefunden wurde.

Zum Thema Schule Wels-West muss ich klar sagen, es ist richtig, ein Projekt wurde aufgehoben. Mittlerweile gibt es einen Vergleich, d.h. das Risiko in diesem Bereich etwas zu tun ist gleich Null. Wir kauften ein Grundstück in der Europastraße, um dieses Projekt zu entwickeln. Wir leisteten sehr viel Vorarbeit. Zur Zeit gibt es in den Abteilungen Diskussionen wie im Bereich der Volksschulen der Entwicklungsplan aussieht. Wie steht es mit der Bevölkerungsentwicklung? Wie sieht es mit der Entwicklung der Schulpflichtigen aus? Dazu wissen wir bereits, dass in den Bereichen Lichtenegg, Noitzmühle, Vogelweide mehr Klassen gebraucht werden und wir Aktivitäten dafür setzen müssen. Die SPÖ-Fraktion ist für den Neubau einer Schule in Wels-West, weil es darum geht, moderne Infrastruktur verfügbar zu machen. Mit der Schule Wels-West könnte das Thema Großküche miterledigt werden, in dem es darum geht, die Gesunde Küche in unserer Stadt in einer eigenen Küche selbst zu verwirklichen.

Der Stadtschreiber war ein Projekt aus der Agenda 21. Mehrere Monate sprach ich mit dem Herrn Bürgermeister über den Stadtschreiber. Erst ab der schriftlichen Erledigung haben wir alle Partner und alle dabei gewesenen Stadtschreiber informiert. Den Stadtschreiber hätten wir mit einem zusätzlichen Budget erhalten können – es geht um 6.000 bis 7.000 Euro. Persönlich bin ich der Meinung, der Stadt Wels wird der Stadtschreiber fehlen, aber Bürgermeister Dr. Rabl formulierte einmal salopp: „Das wird Niemanden abgehen.“ Ich glaube sehr wohl es wird anders sein.

GR. LAbg. Dr. Csar: Herzlichen Dank an den Herrn Bürgermeister für das Friedenslicht. Bei der Verteilung vor einigen Jahren hat sich dieses positiv ausgewirkt. Ich hoffe bei dieser Gemeinderatsitzung ist es ebenso.

Das Stadttheater Greif ist für mich als Welser eine ganz wichtige Einrichtung. Jeder in diesem Raum hat das Stadttheater sicher schon des Öfteren besucht, ich schätze dieses sehr. Es ist jedoch in die Jahre gekommen und wir müssen einiges investieren, damit es erhalten bleibt. Wels ist die zweitgrößte Stadt in Oberösterreich, die

siebtgrößte Stadt Österreichs. Wels hat durch die Nähe zu Linz natürlich eine gewisse „Gefahr“, insbesondere weil in Linz eine neue Theaterszene mit dem neuen Musiktheater geschaffen wurde. Daher müssen wir als Stadt Wels für unsere Kultur etwas tun.

Dank an StR. Reindl-Schwaighofer für diese Initiative. Dank auch an Bgm. Dr. Rabl, der aufgrund seiner Historie als Rechtsanwalt die Verhandlungen erfolgreich führte. Es ist wichtig diesem Antrag zuzustimmen, weil „die Zeit läuft“. Wenn der Beschluss heute nicht zustande kommen würde, müssten wir noch 12 Jahre warten, denn die derzeitigen Eigentümer – Familie Doppler – werden sicher nicht mit dem Verkauf des Objektes so lange warten. Bei Verkauf des Objektes würden die neuen Eigentümer das Stadttheater nicht mehr adaptieren und 12 Jahre warten, bis der Vertrag ausläuft. Das würde für uns bedeuten 12 Jahre ein altes Stadttheater zu haben, keine neue Infrastruktur, es wären keine Adaptierungen möglich. Daher bin ich froh das Objekt jetzt anzukaufen, damit wir planen und Schritte zeitgerecht einleiten können. Zum Thema Parkplätze möchte ich nicht viel sagen, es wird sich eine Möglichkeit finden.

Die Welser ÖVP-Fraktion bekennt sich seit Beginn zum Ankauf des Stadttheaters. Wir sind für die Investitionen. Wir sind der Meinung diese Chance zu nutzen, um einen weiteren Schritt Richtung „Wels hat Kultur, Wels ist Kultur und Wels lebt mit Kultur“ setzen zu können. Das ist für uns sehr wichtig.

GR. Hufnagl: Auf die Ausführungen von StR. Lehner möchte ich kurz replizieren. Es wurde gesagt, für die Bürger werden die Amtswege verbessert, wenn das Amtsgebäude mit dem Bürgercenter mitten in der Stadt liegt. Die meisten Menschen sind berufstätig. Diese müssen sich für einen Amtsweg frei nehmen. Sie wohnen und arbeiten leider nicht alle in der Innenstadt. Wenn ich mir einen neuen Pass ausstellen lassen möchte, muss ich mir frei nehmen. Meines Erachtens ist es wichtig neben der öffentlichen Erreichbarkeit, die man sicher auch im Messegelände schaffen muss (Busverbindung), genug Parkflächen zu haben.

„Ein Amtsgebäude bringt Frequenz in die Innenstadt.“ – Ja, die Mitarbeiter, aber Frequenz bringt auch etwas anderes. Wir wissen alle, wir brauchen mehr Wohnungen in der Innenstadt. Wenn mehr Menschen in der Innenstadt leben, bringt das nicht nur mehr Frequenz während der Amtsstunden, sondern es bringt Frequenz am Abend und am Wochenende.

Zum Thema „fußläufig erreichbar“: Ein hundert Meter längerer Fußweg zu gewissen Cafes ist sicher zumutbar.

Mir ist wichtig, dass die Mitarbeiter des Magistrates ein tolles Bürogebäude haben, in dem man sich wohl fühlt usw. Qualität heißt auch das Vorhandensein eines Parkplatzes, aber ebenso etwas anderes. Baut man ein Amtsgebäude im Messegelände, hat man damit ein gewisses Umfeld. Wir haben dort eine parkähnliche Umgebung – auch das trägt zur Qualität bei. Das hätte einen gewissen Charme, den ich nutzen würde.

Wir reden von einer Blackbox. Wenn ich von Steuergeldern rede, die eingesetzt werden, sollte ich nicht von einer Blackbox reden. Es ist völlig unverantwortlich vorher nicht zu wissen, wie viel der Umbau wirklich kosten wird. Diese Verantwortung sind wir

den Bürgern schuldig, dass wir nicht in eine Blackbox investieren sondern ganz genau wissen, was wir tun. Es ist doch das Wichtigste zu wissen was man tut, oder?

Auch ich bedanke mich für dieses Friedenslicht – eine kleine Kritik am Rande: Befremdlich finde ich, dass am selben Tag der Gemeinderatsitzung eine Pressekonferenz stattfindet, wo die FPÖ- und ÖVP-Fraktion sozusagen über irgendwelche Vorhaben berichtet (das kam schon öfters vor). Im speziellen Fall über den Entscheid des Kaufs des Objektes Greif. Das geschieht um 11.00 Uhr, um 12.15 Uhr schickt die Stadt eine Presseinformation aus und am Nachmittag wird das Vorhaben erst durch den Gemeinderat beschlossen. Es hat etwas mit der Achtung des Gemeinderates zu tun Entscheidungen abzuwarten. Mir ist bewusst, die Mehrheit des Gemeinderates wird mich heute überstimmen, dennoch hat das für mich mit einer gewissen Achtung der einzelnen Gemeinderatsmitglieder zu tun, die auch wichtig wäre. Dankeschön!

GR. Schönberger: Dass man Chancen nutzt, wenn sich diese auftun, das Stadttheater als Kulturstätte kauft, finde ich richtig. Wenn mehr oder minder dazu ein Verwaltungsgebäude verkauft werden soll und als große Vision und Innovation noch dazu von StR. Lehner gesehen wird, muss ich ehrlich sagen, es wäre gut sich einmal die Landkarte von Wels anzusehen. Die Stadt Wels ist gewachsen, der Stadtplatz befindet sich sozusagen am Stadtrand. Wenn man sich anschaut wohin sich die Stadt Wels in den letzten Jahren entwickelte, wird man sehen, es reicht bis in den Norden des Stadtgebietes. Wenn ich von einer verkehrstechnisch guten Erreichbarkeit rede, kann man sicherlich nicht den Kaiser-Josef-Platz als erste Anlaufstelle in der Stadt nennen.

Werfen sie einen Blick nach Linz. Das damals gebaute neue Rathaus wurde jenseits der Donau gebaut - in Urfahr. Dieses ist zwar auch nicht gut erreichbar, aber es wurde nicht mitten in die Landstraße gestellt. Sieht man sich das neue Verwaltungsgebäude des Landes Oberösterreich an, so steht dieses nicht in der Stadtmitte von Linz, sondern eben unmittelbar am Bahnhof. Will man sich eine Vision auftun, wenn es um die Verwaltung geht, wenn es um die Vereinfachung für die Bürger geht, würde ich sagen, sollten wir vielleicht einmal diese Vision haben unsere zentrale Verwaltung in die Bahnhofsnähe zu rücken. Dort haben wir interessanterweise ein Verwaltungsgebäude - dieses ist beinahe dem Ruin stattgegeben. Das Gebäude am Römerwall ist so gut wie überhaupt nicht belebt, es sind kaum Büros eingerichtet. Die dortigen Dienststellen haben keinen externen Parteienverkehr. Wenn wir eine Vision für unsere Bürger entwickeln wollen, würde ich darauf achten und darum bitten, die Bürger, die nördlich der Westbahn wohnen, in dieses Kalkül einzubeziehen.

Über gute verkehrstechnische Erreichbarkeit des Kaiser-Josef-Platzes zu sprechen und permanent die Busdrehzscheibe in Diskussion zu stellen, ist für mich ein Widerspruch in sich. Aber, Herr StR. Lehner, sie werden sich schon etwas dabei gedacht haben.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die innovative und ausführliche Diskussion zu diesem Thema. Ein paar Klarstellungen dazu, die mir notwendig erscheinen:

Lieber Stefan Ganzert, wenn du das Informationsdefizit oder den Informationszeitlauf kritisierst, so halte ich nochmals fest, dass bei der ersten Fraktionsobmännerbesprechung vor knapp zwei Wochen die Verträge noch nicht fertig waren und ich daher noch keine Informationen hatte. Du und StR. Reindl-Schwaighofer kritisierten sie hätten unfertige Verträge bekommen. Das liegt daran, dass die Verträge erst am Freitag

tatsächlich fertig wurden. D.h. vor drei Tagen! Insofern konnte ich gar nichts anderes übermitteln als unfertige Entwürfe. Hätte ich sie nicht übermittelt, hätte es geheißen, ich halte etwas geheim. Wenn ich es übermittle heißt es, ich erhalte nur Entwürfe, obwohl jeder weiß, wir haben noch nichts anderes. Sofort nach Erhalt der Verträge und sofort nach Erhalt des Entwurfes des Dringlichkeitsantrages wurden diese von mir an die Fraktionsobmänner übermittelt. Sofort! Es ging nicht schneller, die Dringlichkeit lag nicht an der Stadt Wels sondern lag daran, dass das Backwerk einen Kündigungstermin hatte und dieser nur eingehalten werden kann, wenn heute dieser Beschluss gefasst wird. Das liegt nicht an mir, auch nicht an den Mitarbeitern, schlichtweg liegt es am Investor bzw. am Eigentümer.

Wir verhandelten viele Stunden und Tage über dieses Projekt. Es waren sehr harte, sehr kontroverielle Verhandlungen und ich war mir nicht einmal sicher, ob wir es tatsächlich schaffen hier eine Einigung herbeizuführen. In vielerlei Hinsicht gab es unterschiedliche Meinungen. Wir verhandelten sogar am sog. Zwickeltag, wo sehr viele andere nicht im Magistrat anwesend waren.

Wenn du davon sprichst nicht verstehen zu können, auf der einen Seite zu sparen und Investitionen zu tätigen auf der anderen Seite, so kann ich das leicht entkräften. Es liegt schlichtweg darin, wir brauchen Geld für diese Investitionen. Ich spare nicht zum Selbstzweck und nicht deswegen ein dickes Bankkonto zu haben. Sondern ich spare zum Zweck, dass die Stadt Wels in der Folge Investitionen tätigen kann. Wir können nicht diese SPÖ-Politik weiter machen immer nur auf Schulden Investitionen zu tätigen und sich am Ende 70 Mio. Euro Schulden anhäufen, die wir irgendwann einmal zurückzahlen müssen. Das auf Kosten zukünftiger Generationen. Wie das ausgeht sahen wir in Wr. Neustadt, wo Altersheime verkauft und Schwimmbäder geschlossen werden mussten usw., unter einer SPÖ-Alleinherrschaft von 70 Jahren. Wr. Neustadt war so pleite, dass sogar die Banken kein Geld mehr gaben. Das möchte ich vermeiden. Das ist sinnvoll.

Die SPÖ-Fraktion hatte bisher einen Finanzreferenten, der sich sehr gut in all diesen Bereichen auskannte und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik machte. Ich glaube aber, dass man diese Stadt durchaus noch effizienter führen kann und dass nicht jede Maßnahme und jede Ausgabe unbedingt erforderlich ist. Das ist auch ein Teil einer Konsolidierung. Dass es Maßnahmen gibt, die wir einsparen können, gab sogar die SPÖ-Fraktion zu. Zu vielen Vorschlägen habt ihr eure Zustimmung gegeben, u.a. auch dazu verschiedene Förderrichtlinien abzuschaffen. Lieber Stefan, wenn ich dich erinnern darf, vor einem Jahr habt ihr dazu eure Zustimmung im Gemeinderat gegeben. Also diesen Vorwurf halte ich für unredlich, es ist auch nicht zielführend. Tatsache ist, wir hatten ein Defizit. Tatsache ist auch, wir haben durch die Restrukturierungsmaßnahmen Wels gemeinsam auf einen guten Kurs gebracht. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich für die konstruktive Arbeit von Markus Wiesinger, der sich in stundenlanger Kleinarbeit mit Mag. Georg Parzmayr zusammensetzte und sagte, diese Maßnahmen sind sinnvoll oder nicht. Ich weiß auch, dass man für das Sparen oft nicht bedankt und belohnt wird, sondern dafür Kritik einstecken muss, warum man dies und jenes zusperrt oder dafür kein Geld mehr hat. Machen wir es allerdings nicht, steht uns für Projekte, die tatsächlich die Zukunft der Stadt betreffen, kein Geld mehr zur Verfügung. Deswegen halte ich es für eine verantwortungsvolle Politik zuerst zu sparen, wie es in jedem ganz normalen Haushalt gemacht wird. Wenn man Geld gespart hat, kann man sich auch etwas leisten. Das mache ich so, das machen - so glaube ich - die meisten Zuseher in diesem Raum. Ich

kann nicht alles was ich haben will einfach auf Kredit kaufen und denken, meine Kinder werden das schon zurückzahlen. Das ist aus meiner Sicht etwas zu kurzfristig.

Deswegen muss man sich überlegen, ist etwas wirtschaftlich sinnvoll für die Stadt. Das wurde bereits ausgeführt und die Sinnhaftigkeit entsprechend betont. Nochmals möchte ich gegenüberstellen: Wir kaufen ein Theater um 1,5 Mio. Euro – das würde sonst 30 bis 40 Mio. Euro kosten. Wir kaufen uns ein Grundstück, ein Teil des ehemaligen Objektes Greif um 1,3 Mio. Euro – das würde für uns ungefähr den gleichen Betrag kosten, wenn ich ein Objekt in der Innenstadt erwerbe und bezahle für die Sanierung von Theater und Neuerrichtung eines Amtsgebäudes ungefähr 10 Mio. Euro. Das müsste ich sowieso machen und würde mir 8 Mio. Euro kosten. D.h. alles zusammen neu gebaut würde uns ungefähr 40 Mio. Euro kosten (da rechne ich für das Theater nur 30 Mio. Euro). Hingegen wenn ich es mit dem Theater kaufe, kostet es mich 13 Mio. Euro. Mit diesem Vorgehen spare ich mir also 27 Mio. Euro. Soviel dazu, dass es nicht wirklich effizient ist. Ich glaube, dass wir hier sehr verantwortungsvoll, sehr effizient, sehr sparsam und sehr zweckmäßig vorgehen. Das ist der Grund warum parteiübergreifend dieses Projekt unterstützt wird. Gäbe es tatsächlich sachliche Gründe dagegen zu sein, würde sowohl die SPÖ-Fraktion als auch die GRÜNE-Fraktion heute nicht zustimmen. Es gibt gute Argumente zuzustimmen. Eines davon ist, dass wir unser Ziel einer effizienten Verwaltung, eines Bürgerservices, einer Stadtbelebung, der Erhaltung des Theaters für die Stadt Wels, der Sanierung dieses Theaters erreichen, wenn wir heute diesen Beschluss fassen, weil es die günstigste und durchaus beste Lösung ist diesen Schritt zu setzen.

Wenn man sagt, wie könnt ihr das tun ohne Parkplätze nachzuweisen – wir haben Parkplätze. Es besteht natürlich die Möglichkeit Parkplätze in der Tiefgarage, das sind immerhin knapp nicht ausgelastete 400 an der Zahl, zu mieten. Das ist ohne Probleme möglich. Deswegen ist es auch nicht richtig, dass mit dem heutigen Beschluss irgendein Zusammenhang besteht, ob wir tatsächlich die Kaiser-Josef-Platz-Tiefgarage kaufen. Damit sage ich nicht, dass es nicht überlegenswert wäre, weil diese Tiefgarage in einem katastrophalen Zustand ist und Unsicherheit herrscht diese zu benützen. Sie ist ungepflegt, sie sieht hässlich aus. Auch da gäbe es sicher Aufholbedarf. Die Besucher von Wels haben nach Benützung der Tiefgarage ein schlechtes Bild von Wels. Der Hotelier Edmund Hauser sprach mich schon oft darauf an, in welchem furchtbaren Zustand diese Tiefgarage ist und dass sich seine Gäste regelmäßig über die ungepflegte und nicht ordentlich nutzbare Tiefgarage beschweren. Insofern ist es eine Überlegung, aber kein Muss – schon gar nicht in diesem Zusammenhang junktimiert.

Wenn GR. Hufnagl sagt, Wohnungen wären in der Stadt gut, dann gebe ich ihm Recht. Aber eines sind wir nicht – Investoren. Wir sind auch kein Bauunternehmer oder Wohnungsprojektant, wir sind eine Stadt. Die Kernkompetenz einer Stadt liegt darin, für die eigene Verwaltung ordnungsgemäße Räumlichkeiten zu schaffen, aber nicht mit Immobilien zu spekulieren. Das war der Grund warum ich zu StR. Reindl-Schwaighofer sagte, das ganze Objekt Greif zu kaufen halte ich für nicht sinnvoll. In diesem Zusammenhang suchte ich mir sein Zitat aus einer Pressemeldung heraus: „ Ich kann mir vorstellen dieses Immobilie zu retten. Die Stadt Wels soll den Ankauf in Betracht ziehen. Außerdem ist die Stadt Wels kein Hotelbetreiber.“ D.h. damals war schon die Rede davon das gesamte Objekt zu kaufen. Wir sagten nein das wollen wir nicht, aber den für uns sinnvollen Teil - das Theater mit dem davorliegenden Gebäude - zu kaufen halte ich für gut und zweckmäßig.

Im Übrigen kann ich davon berichten, dass der Investor sehr wohl vor hat im vorderen, dem über dem Kaffeehaus und dem Geschäft BIPA liegenden Teil Wohnungen einzubauen und damit für eine zusätzliche Belegung zu sorgen. Ein Hotelbetrieb soll nicht mehr entstehen.

Jetzt hörte ich die ganze Zeit, der Beschluss bzw. Bau sei eine Blackbox. Dazu kann ich nur eines sagen, eine Blackbox hatten wir beim damaligen Einkaufszentrum Volksgarten. Mit einer Blackbox hat dieser Beschluss überhaupt nichts zu tun. Die Kosten liegen klar auf dem Tisch. Egal welches Projekt wir als Stadt Wels angehen, es gibt dafür immer eine Kostenschätzung und auf Basis dieser werden die Budgetbeschlüsse gefasst. Das ist nicht nur bei den Schulen so. Ich erinnere an den Beschluss für die Volksschule Lichtenegg, bei dem gesagt wurde, diese kostet 10 Mio. Euro – errechnet ebenfalls von Herrn Stadtbaudirektor bzw. der Baudirektion. Ich erinnere an die Kosten der Messehalle 21. Es wurde gesagt sie kostet 20 Mio. Euro. Die Abrechnungssumme lag dann leicht darunter bei ca. 19 Mio. Euro. D.h. es gibt konkrete Zahlen, die als Erfahrungswerte herangezogen werden und danach wird das Vorhaben hochgerechnet. Das macht jeder Architekt, jeder Bauunternehmer, weil wir sehr genau wissen, auch im sozialen Wohnbau, was darf 1 m<sup>2</sup> Wohnungsfläche kosten. Die Bauunternehmen kommen mit der veranschlagten Summe aus. Von einer Blackbox sind wir ganz weit entfernt. Wir rechneten seriös aus welchen Platzbedarf wir haben, hier gibt es eine eigene Studie des Landesdienstleistungszentrums, in der genau erhoben wurde wie viel Platz ein Mitarbeiter benötigt, wie viel Quadratmeter brauchen wir für Besprechungsräume, wie viel für Aufenthaltsräume usw. Es ist eine seriöse Schätzung, die die kaufmännische Vorsicht berücksichtigt. Ich gehe davon aus, dass es eher günstiger sein wird, weil der Herr Baudirektor sich immer auf die sichere Seite begibt. Im Ergebnis ist diese Schätzung seriös. Hier von einer Blackbox zu sprechen, halte ich gegenüber der Baudirektion und den dort tätigen Beamten für mehr als despektierlich. Das finde ich nicht in Ordnung.

Es wurde gesagt, die Lage sei so schlecht. Die Entfernung zwischen dem alten und neuen Rathaus in Linz liegt bei etwa 250 m nur getrennt durch die Donau. Anschauen muss man sich auch die Größenverhältnisse der beiden Städte in diesem Zusammenhang. Die Überlegung ein Amtsgebäude Am Römerwall zu errichten, hatte ich auch schon einmal. Das Problem ist, dass das Grundstück von seiner Konfigurierung dafür schlecht geeignet ist. Außerdem ist es zu klein, um dort etwas Ordentliches in die Wege zu leiten.

Stellen wir uns eine einzige Frage: Welchen Zweck wollen wir mit dem Kauf des Objektes Greif erfüllen? Erstens wollen wir das Theater sichern – schaffen wir das? Ja! Zweitens wollen wir eine neue moderne Büroinfrastruktur – schaffen wir das? Ja! Drittens wollen wir die Innenstadt beleben – schaffen wir das durch zusätzliche Mitarbeiter und Mieter in den Wohnungen? Ja! Viertens wollen wir ein schönes Gebäude am Kaiser-Josef-Platz haben, keine Bauruine wie StR. Lehner zurecht erwähnte, denn wenn wir das Gebäude nicht erwerben, kann dort in 20 Jahren irgendetwas stehen. Das wissen wir nicht. Schaffen wir das? Ja! All das schaffen wir noch dazu zu einem Preis, der im Verhältnis um 27 Mio. Euro unter dem Betrag liegt, den wir sonst aufwenden müssten, um den gleichen Zweck zu erreichen. D.h. heute kann ich mit gutem Gewissen sagen, dieser Beschluss ist ein Meilenstein für die Zukunft dieser Stadt. Es geht auch nicht um Kleinigkeiten und darum, ob ich jetzt eine Woche früher oder später informiert wurde. Wir machten es nach bestem Wissen und

Gewissen, so gut es halt ging. Das sind für mich kleine Wehleidigkeiten - „Ich war nicht dabei und darf nicht mit dem Spielzeug spielen“.

Hier geht es um eine wesentliche Grundsatzentscheidung. Diese müssen wir frei von Emotionalitäten, nach rein sachlichen Kriterien treffen. Darum geht es heute – wollen wir es oder nicht? In diesem Sinne ersuche ich um Unterstützung zu dieser Entscheidung.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion (Anlage 2) wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber und GR. Wildfellner sind bei der Amtstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels  
für das Rechnungsjahr 2016  
FD-Fin-100-2015

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 29.11.2016:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2016 wird gemäß § 54 Abs.1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 214,941.300,00
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 214,941.300,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 173,302.900,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 173,302.900,00

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 1. wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
gegen 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber und GR. Prof. Mag. Teubl sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (6. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)  
FD-StV-10-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentiausschuss am 29.11.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 6. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Prof. Mag. Teubl ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

3.)

Schließung der Jugendherberge der Stadt Wels per 31.12.2016 und Aufhebung der Jugendherbergstarifordnung 1991 samt deren Novellen (1. bis 4. Novelle)  
SOJ-J-104-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 24.11.2016:

1. Die Jugendherberge der Stadt Wels wird mit Ablauf des 31.12.2016 geschlossen.
2. Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels vom 25.4.1991, in der Fassung der Beschlüsse vom 24.11.1994, 28.03.2000, 22.5.2006 und 18.11.2013 betreffend die Festsetzung von Tarifen für die Jugendherberge der Stadt Wels (Jugendherbergstarifordnung 1991) wird mit Ablauf des 31.12.2016 aufgehoben.

GR. Scheinecker: Es wurde Replik auf die Presseaussendung der SPÖ-Fraktion vom Wochenende genommen. Ich möchte aber zuerst auf den vorliegenden Amtsbericht eingehen, mit all seinen Fakten über eine weitere Existenz der Jugendherberge, über alternative Lösungen für die Zukunft und über Möglichkeiten das Angebot, das die Jugendherberge an die Stadt und die Besucher stellt, aufrechtzuerhalten. Im Amtsbericht liest man all das nicht, sondern es geht rein um die Schließung der Jugendherberge aus wirtschaftlichen Gründen.

Es wurde bereits von Vzbgm. Kroiß etwas aus meinem eigenen Antrag zitiert und ich möchte bei den wirtschaftlichen Gründen anschließen. Es gab ein Angebot an die Stadt die Jugendherberge am jetzigen Standort weiterzuführen. In den OÖNachrichten war dazu ein Interview mit dem Betreiber des Black Horse Inn, in dem er erklärte das Risiko selbst übernehmen zu wollen. Das heißt, die Stadt Wels würde diese 95.000 Euro nicht mehr zahlen und er schafft es diese Jugendherberge kosteneffizient zu führen. Das wäre eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Führung, eine Möglichkeit über Kosteneffizienz zu reden und zu schauen, wie die Jugendherberge besser geführt werden kann und für die Stadt nicht mehr im Budget aufscheint.

Wir reden jetzt nur über die Schließung, haben aber noch nicht darüber gesprochen, wie wir die Jugendherberge effizient führen können. In der ganzen Diskussion vermisste ich die Bürgerbeteiligung. Es wurde mit den Vereinen kein Kontakt aufgenommen. Gerade der Alte Schlachthof hat als Kulturzentrum in Wels große Bedeutung. Sowohl der Betriebsverein als auch der Verein waschaecht haben in einem offenen Brief ihren Widerspruch an die Gemeinderäte geschickt. Sie wurden aber nicht miteinbezogen. Diejenigen, die diese Jugendherberge nutzen, um diesen soziokulturellen Freiraum Schlachthof aufrecht zu erhalten, sind in die Diskussionen um die Jugendherberge nicht einbezogen worden.

Wir reden jetzt über die Schließung und hintenan haben wir zukünftige Perspektiven, wie eine Jugendherberge betrieben werden kann. Fakt ist, wir zerstören jetzt die Infrastruktur und haben nichts Konkretes darüber, wie wir diese Infrastruktur aufrechterhalten wollen. Genau darum wird es in unserem Antrag gehen. Wir werden jetzt mehrheitlich die Schließung der Jugendherberge beschließen und danach diskutieren wir eine mögliche zukünftige Konzeption. Deshalb brachten wir den Antrag zur Änderung der Tagesordnung ein.

GR. MMag. Rumersdorfer: Ich möchte mich meiner Kollegin vollinhaltlich anschließen. Es ist eine Schande für diese Stadt die Jugendherberge zu schließen. Wels hat 65.000 Einwohner. Wir sind dann die einzige Stadt in Österreich, die keine Jugendherberge mehr hat bzw. Zwischenlösungen, wie im Greif oder durch die Errichtung eines Hotels von Herrn Pierer, anbietet. Ich finde es ist ein fatales Signal an die jungen Menschen, an die Jugendlichen. Hier sieht man ihren Stellenwert in unserer Stadt.

Die Jugendherberge wird von internationalem Publikum genützt. Im Kontrollbericht 2013 gab es einen Vergleich mit anderen Jugendherbergen und hier war Wels nach Wiener Neustadt und Krems an dritter Stelle mit einer Auslastung von 36 Prozent mit 341 Öffnungstagen und knapp 6.400 Nächtigungen. Es wurde nicht mit den Verantwortlichen und den Experten gesprochen. Auch der Tourismusobmann sprach sich dagegen aus und hat sich sicher über die Aussage gefreut, dass Wels kein Tourismusort ist - da braucht man keine Jugendherberge. Das ist sicher ein Spitzenmarketing für den Standort Wels.

Dann reicht uns Herr Robert Seier vom Black Horse Inn die Hand und möchte die Jugendherberge übernehmen. Nach Vorsprache bei Herrn Bürgermeister meinte dieser, es besteht kein politisches Interesse daran. Ich telefonierte heute mit ihm und er sagte als Mann vom Fach, dass einige Synergien mit dem Black Horse Inn vorhanden wären und ihn diese Zahlen mit 5.000 Nächtigungen absolut nicht erschreckt hätten. Spitzenzeiten bzw. Zeiten mit schlechter Auslastung wären normal. Er sah sich die Jugendherberge noch einmal an und findet sie in keinem so desolaten Zustand, wie sie

immer dargestellt wird. Natürlich kann immer irgendetwas saniert werden, aber er sieht grundsätzlich Potenzial die Jugendherberge weiterzuführen. Er machte den Vorschlag entweder er führt die Jugendherberge selbst und nimmt das ganze Risiko auf sich oder er führe sie zwei Jahre und beweise der Stadt Wels, dass es möglich ist diese Jugendherberge nicht defizitär zu führen. Dann könnte über eine Zurückziehung dieses Beschlusses gesprochen werden. Ich verstehe nicht, warum wir hier engagierten Bürgern nicht entgegen kommen können.

Der Herr Bürgermeister meinte, dass das Greif zur Zukunft der Stadt gehört. Aber auch die Jugendherberge gehört zur Zukunft der Stadt und in diese müssen wir investieren. Ich finde diese Kurzschlussreaktionen so typisch für das letzte Jahr: es wirft nichts ab, also sperren wir es zu, schaffen es ab, anstatt sich ein Konzept zu überlegen, wie die Jugendherberge gerettet werden kann. Sie scheint nicht einmal irgendwo ordentlich im Internet auf. Es ist scheinbar nicht von Interesse, die Jugendherberge irgendwie zu retten. Jetzt werden die zu teuren Kosten vorgeschoben. Die Aushöhlung des Schlachthofs will ich niemanden unterstellen .....

Zwischenruf Dr. Rabl: Doch, passiert gerade!

GR. MMag. Rumersdorfer: Das ist für mich die einzige Motivation, die ich dahinter sehe. Grundsätzlich ist das vorgesehene Sozialpsychische Kompetenzzentrum durchaus zu begrüßen. Nur diese Substitutionsstelle stelle ich mir schwierig vor in solch einem Kultur-Jugendzentrum, weil bei diesem Klientel die Vorbildfunktion fehlt. Auch die Spritzenautomaten an diesem Ort für Jugendliche kann ich mir schwer vorstellen.

Die Jugendherberge ist eine Institution, die nicht einfach abgeschafft werden soll, denn dort treffen sich junge Menschen, es werden internationale Kontakte geschlossen, sie genießen es mit anderen Menschen in Kontakt zu treten – auch in Mehrbettzimmern. Hier trifft man sich, auch wenn man alleine reist. Persönlich habe ich es immer sehr genossen. Ich appelliere an die Vernunft diese Jugendherberge mit Ende des Jahres nicht zu schließen, bezugnehmend auf unseren Antrag, der dann auch obsolet ist, die Jugendlichen einzubinden und sie selbst zu fragen, wie sie sich junges Wohnen vorstellen bzw. was sie vorfinden möchten, wenn sie nach Wels kommen. Wo sollte die Jugendherberge sein? In der Nähe des Bahnhofes oder andernorts usw.? Fragen wir sie doch selbst und binden wir sie in unsere Konzeption ein. Fahren wir nicht einfach über sie drüber und schließen ihre Jugendherberge.

GR. Schäfer: Zuerst freut es uns sehr, dass wir mit dem Hotel Greif, dem Haus Oberhaidinger und dem geplanten Low-Budget-Hotel in Zukunft zahlreiche Alternativen für günstige Zimmer abdecken können und das mit einem weit höheren Standard, als es mit der in die Jahre gekommenen Jugendherberge möglich gewesen wäre. Zu der erwähnten Kritik von den SPÖ-nahen Vereinen in Form eines offenen Briefes an alle Gemeinderäte und Stadtsenatsmitglieder, wie der Betriebsverein Alter Schlachthof, stellt sich die Frage, ob ein steigender Verlust (zuletzt rund 100.000 Euro) für den Verein als sachgerecht gilt?

Die nächste Kritik kam von der im Schlachthof angesiedelten Musikwerkstatt. Die Auslastungsmängel und der nicht mehr zeitgemäße Auftritt können problemlos, schnell und kostengünstig behoben werden. Auch hier stellt sich eine Frage in den Mittelpunkt: Wenn dieses Problem bekannt und so einfach zu lösen ist, warum wurde es nie gemacht? Die Jugendherberge ist seit Jahrzehnten in der Hand der SPÖ-Fraktion und

diese Probleme hätten längst behoben werden können. Mit den vielen Alternativen kann der Bedarf an Zimmern abgedeckt werden und können wir die Kritik der SPÖ-Fraktion zurückweisen, wir würden uns um die jungen Menschen nicht kümmern. Wir Freiheitlichen stehen für wirtschaftliche Politik, für eine Politik mit Weitblick, damit die nächste Generation genauso gut in Wels leben kann, wie wir es konnten.

Wenn sowohl die SPÖ- und die GRÜNEN-Fraktion als auch die Vereine um die Probleme der Jugendherberge wussten, stellt sich abschließend die Frage, ob der Abgang von rund 1 Mio. Euro in den letzten zehn Jahren vielleicht aus reiner Bequemlichkeit in Kauf genommen wurde?

StR. Reindl-Schwaighofer: Über das Jugendzentrum wurde schon viel diskutiert, aber die heute angestellte Hochrechnung ist einzigartig. Warum werden nicht die letzten hundert Jahre zur Rechnung herangezogen? Dann würde der Verlust 10 Mio. Euro betragen. Das ist ungefähr so, als würde man einen Ballon steigen lassen, selbst danach schießen und sagen, der andere hätte ihn steigen lassen. Diese Diskussion sollte meiner Ansicht nach hier nicht stattfinden.

Die Frage der Jugendherberge – ganz egal wie GR. Schäfer das sieht – ist ganz klar wieder ein Schritt der FPÖ-Fraktion, wo es darum geht zu bestätigen, der Jugend keine Chance in Wels zu geben. Es hat mit dem Einstellen der Lehrlingsausbildung begonnen und wird mit dem Zusperrern der Jugendherberge fortgesetzt. Da können wir noch so viel über ein Low-Budget-Hotel diskutieren oder ob es preisgünstigere Alternativen gibt. Die Tatsachen sahen in der Vergangenheit anders aus.

Mit der Aussage „Da haben wir die Gebühren erhöht und dann ist die Auslastung in den Keller gefallen“, wurde überhaupt „der Vogel abgeschossen“. Haben sich einige nicht mehr erinnern können, wer den Antrag auf Gebührenerhöhung stellte? Die FPÖ- und ÖVP-Fraktion beschlossen dazumal die Preiserhöhung mehrheitlich, obwohl wir einwendeten, dass dadurch die Auslastung sinken wird. Das kann in den Protokollen nachgelesen werden, man sollte nicht irgendwelche Behauptungen in den Raum stellen. Eine solche Diskussion wird in den Qualitätsmedien gerade geführt. Die Aussage hat nichts mehr mit den Fakten zu tun, sondern nur mehr mit der zu erzählenden Story.

Natürlich kann das Studenten- und Schülerheim der Kolpingsfamilie im Sommer Plätze anbieten. Es geht nicht nur um billige Übernachtungsmöglichkeiten - sondern eine Jugendherberge ist eine ganz besondere jugendadäquate Einrichtung. Es geht nicht nur um die Kosten, es geht um den Zusammenhang Jugend und Kultur. Es ist sicher für Schulklassen, Sportgruppen usw. ein Unterschied, ob sie in einem Low-Budget-Hotel oder in einer Jugendherberge übernachten. Für Sportgruppen stellen wird einen Turnsaal für Nächtigungen zur Verfügung. Lassen wir das jetzt auch nicht mehr zu? Müssen diese dann in ein Low-Budget-Hotel nächtigen?

Diskutiert wurde ein Antrag auf mögliche Unterstützung. Bei 5.000 Nächtigungen mit 10 Euro Förderung kann sich jeder das Defizit ausrechnen. Nur muss der Vizebürgermeister gefragt werden, ob man billiger schlafen darf. Also geht es darum, dass diese Dinge in der Hand bestimmter Leute sein müssen.

Die angesprochene Aussage „Wels ist kein Tourismusstandort“ ist auch zum Lachen, weil alle Dinge konterkariert werden, die wir in dieser Stadt tun, wie unsere

Positionierung neu zu definieren, Frequenz in die Stadt zu bringen, wie sich die Damen und Herren der Christkind GmbH bemühen bzw. was geschieht mit dem Volksfest neu. Wels ist eine unterbelichtete Tourismusstadt - darauf könnten wir uns einigen. Dass der Tourismusobmann sagt, es ist eigentlich ein Fehler zuzusperren, darf uns im Nachhinein nicht wundern.

Ein weiteres Thema ist die Nachnutzung des Gebäudes. Ich kann mich noch an die gezielt angeheizte Diskussion um den dort befindlichen Spritzenautomaten erinnern, der in der Folge entfernt wurde. Dafür sollen an diesem Standort jetzt Ersatzpräparate ausgegeben werden. In diesem Zusammenhang ist kein Fingerspitzengefühl vorhanden. Mit der Zentralisierung der Sozialpsychischen Beratungsdienste bin ich voll einverstanden. Die Hintergründe warum gerade an diesem Standort kann ich nicht nachvollziehen.

Als letztes Argument möchte ich das Thema Betriebsverein Alter Schlachthof vorbringen. Dieser Verein ist ein soziokultureller Raum, der sich in 30 Jahren entwickelte und mit einem Kulturprogramm begann. Jetzt ist dieser Kulturverein in Österreich und darüber hinaus beachtet und vorzeigbar als Kulturstandort der Stadt Wels. Wir haben dort den Kulturbetrieb, ein Jugendzentrum, sozialökonomische Betriebe, Proberäume, eine Skaterbahn und eine Jugendherberge. Wenn ich diesen in 30 Jahren gewachsenen Bereich so zerstöre, dann geht es darum, dass ich mit dem soziokulturellen Raum nichts anfangen kann.

Es kann über Verbesserungen diskutiert werden, über eine bessere Präsentation der Jugendherberge usw. Aber diese Diskussion wurde nicht geführt. Natürlich wissen wir alle miteinander, dass keine Buchungen für das nächste Jahr entgegen genommen werden dürfen. Das wurde bereits zu einem Zeitpunkt vorweggenommen, wo darüber im Gemeinderat noch nicht diskutiert wurde. Jeder, der sagt, die Jugendherberge ist in einem schlechten Zustand, der hat sie noch nie besichtigt – bitte ansehen! Es kann sicher über die sanitären Einrichtungen diskutiert werden. Aber einfach zu sagen, sie sei in einem schlechten Zustand, das stimmt einfach nicht! Sehr geehrte Damen und Herren! Für mich ist das wieder einmal ein Beweis dafür, dass die Jugend in der Stadt Wels keine Beachtung findet durch die Mehrheitskoalition.

GR. Hufnagl: Auch ich hätte mir gewünscht den Geschäftsordnungsantrag von GR. Ganzert anzunehmen, weil die Reihenfolge der Diskussion nicht ganz sachdienlich ist. Es gibt eine Mehrheit im Gemeinderat und die muss man akzeptieren.

Diese Berechnung mit den zehn Jahren hat mir auch sehr gut gefallen. Ich habe hochgerechnet: Wenn wir die Ordnungswache abschaffen würden, hätten wir uns 6 Mio. Euro in diesem Zeitraum erspart. Beim Welios hätten wir uns sogar mehr als 9 Mio. Euro erspart. Diese Rechenarten sind irgendwie suspekt.

Wir NEOS sprachen uns bei der Abstimmung damals schon ganz klar gegen die Schließung der Jugendherberge aus. Es ist nicht in Ordnung sie ersatzlos zu streichen. Tatsache ist, wir brauchen einfach günstige Übernachtungsmöglichkeiten für die Jugend, denn nicht alle können sich Zimmer in teuren Hotels und Gaststätten leisten. Gerade diesen Menschen die Übernachtungsmöglichkeit wegzunehmen finde ich nicht in Ordnung. Eine Jugendherberge ist keine Konkurrenz zur Hotellerie oder zum Gastgewerbe, wie z.B. in Hotels oder Gaststätten, wo gar keine Mehrbettzimmer angeboten werden.

Das wichtigste an so einer Herberge ist die Sauberkeit und ich denke, ob sich das WC oder die Dusche im Gang befindet, ist für die Jugendlichen nicht so wichtig. Wenn die Auslastung nicht in Ordnung ist, muss ich mir überlegen wie diese gesteigert werden kann. Es hätte dazu Möglichkeiten gegeben, diese wurden verabsäumt. Man hätte jetzt einen neuen Anlauf starten und es noch einmal probieren können. Auch ein privater Betreiber (Low-Budget-Hotel) wäre eine Möglichkeit gewesen oder dass die Studenten- und Schülerheime das mitübernehmen könnten. Es müsste allerdings geprüft werden, ob sie wirklich 5.000 Übernachtungen im Jahr übernehmen können – das bezweifle ich. Vorher zusperren und dann irgendwelche Ideen aus dem Hut zaubern ist nicht mein Ansatz von Politik und geht mir etwas am Thema vorbei. Diese Sucht- und Drogenprävention dort anzusiedeln gefällt mir auch nicht so gut und ich finde es problematisch.

MedienKulturHaus und Alter Schlachthof sind für Wels ganz wichtige Institutionen, die weit über die Stadtgrenzen in der Jugendszene bekannt sind. Ich sehe es schon so, dass die Jugendherberge hier sehr stark in Verbindung steht und man nimmt diesen beiden Institutionen die Übernachtungsmöglichkeit für die Jugendlichen in der Nähe. Die Jugendlichen auf das Stadtgebiet zu verteilen finde ich nicht gut, weil die Wege verlängert werden und es für mich logistisch keinen Sinn ergibt. Bei der politischen Abstimmung wurde über irgendwelche Gutscheine gesprochen, die von der Stadt finanziert und in der Hotellerie eingelöst werden können. Was bringt das, wenn auf diese Art und Weise gefördert wird?

Mein Appell ist, die Jugendherberge nicht zu schließen bzw. erst dann zu schließen, wenn ein vernünftiges, alternatives Konzept vorliegt. Ich bin verwundert über die von Herrn Vzbgm. Kroiß vorgetragene Zahlen. Es wäre viel besser gewesen diese Zahlen schon vor dieser Gemeinderatssitzung zu hören, um etwas fundierter über dieses Thema reflektieren zu können.

GR. Haböck: Es wurde schon einiges gesagt betreffend Anzahl der Übernachtungen in der Jugendherberge. Als nicht Jugendherbergsexperte kommen mir Auslastungen mit 30 Prozent nicht sehr hoch vor. Vor kurzem führte ich ein Gespräch mit einem Freund aus Niedersachsen über dieses Thema. Dort gibt es den kleinen Ort Lauenburg mit 11.000 Einwohnern. In der ansässigen Jugendherberge finden jährlich 28.000 Übernachtungen statt. Da stellt sich die Frage, wie die Stadt Wels 4.000 Übernachtungen als großen Erfolg verkauft? Aber das ist ein gefühlsmäßiger Zugang zwischen zwei Zahlen und zwei sehr unterschiedlich großen Städten in zwei Ländern.

Liebe Laurien, ich schätze dein Engagement in dieser Frage sehr, ich nehme dir deinen Enthusiasmus 100-prozentig ab und finde es bewundernswert, wie auch beim Kollegen Mag. Sönser, der wahrscheinlich heute noch sprechen wird. Mit ihm führte ich im Vorfeld mehrere Gespräche zu diesem Thema. Ich möchte mich bedanken, dass dazu ein konstruktiver Zugang eingebracht wurde. Bei der SPÖ-Fraktion in ihrer Gesamtheit sehe ich das nicht so. Ich finde es sehr sinnvoll, wenn Private hier Alternativen anbieten, denn private Unternehmer sind durch die Kunden, die Gäste und den Markt gezwungen innovativ zu sein, was man von Staatsbetrieben, städtischen Betrieben bzw. von politisch dominierten Betrieben nicht immer unbedingt sagen kann.

Ich bin seit 2009 im Gemeinderat und war seit 2009 bis 2015 Mitglied in dem Ausschuss, dem die Jugendherberge zugeordnet war. Es gab öfters Diskussionen über

die schlechte Auslastung, die schlechte Ausstattung, hoher Abgang bzw. was gemacht werden könnte. Das Wort „schließen“ ist dabei zwar selten gefallen, aber ein besonders großes Engagement seitens der damaligen Ausschussvorsitzenden und des damaligen Finanzreferenten ist mir nicht wirklich in Erinnerung. Eine große Errungenschaft war die Einführung des WLAN in der Jugendherberge, ungefähr 20 Jahre nach dessen Erfindung. Ich bin mir ziemlich sicher, private Anbieter würden hier mehr Engagement zeigen.

Die Aufregung kann ich verstehen, habe aber selbst die Einrichtung nie benutzt und frage mich, ob Welser Jugendliche öfters in der Welser Jugendherberge oder Hotels übernachten? Außerdem kann ich das Engagement der betroffenen Vereine nachvollziehen und schätze dies. Trotzdem glaube ich, dass es von der SPÖ-Fraktion ein wenig Show ist, der Verlust der absoluten Mehrheit, der Verlust der Macht, dass der Bürgermeister und die FPÖ ein Feindbild sind. Spannend ist es schon, wenn jetzt Anträge gestellt werden, was die Stadt Wels und der Bürgermeister nicht alles machen sollen, wenn man sechs Jahre dafür verantwortlich war. Die SPÖ-Fraktion hat das im Grunde schleifen lassen. Der Abgang war einmal ein bisschen höher und dann wieder etwas niedriger. Es ist so mitgelaufen und es hat sich zugegebenermaßen keine Fraktion richtig der Jugendherberge angenommen.

Jetzt wird eine Entscheidung getroffen. Die Auslastung ist niedrig, es gibt private Anbieter und die Kosten sind sehr hoch. Es wird gefordert alles zu diskutieren, aber das Thema ist seit einigen Monaten präsent, einige Politiker wussten es schon viel länger als manche Gemeinderäte. Deshalb hätte es im Ausschuss eine Diskussion geben können, wobei es einige Wortmeldungen gab. Dann hieß es, wir müssen das alles nicht im Detail diskutieren, denn dafür gibt es einen besseren Platz - den Gemeinderat. Das wahrscheinlich nur deshalb, weil hier die Fernsehkameras laufen. Ob das eine seriöse Politik - auch der Oppositionspolitik - ist, wage ich sehr zu bezweifeln.

GR. Scheinecker: Die von den YOUKI-Teilnehmern und den Organisatoren abgehaltene Trauerfeier wurde nicht von der SPÖ initiiert. Ich würde es total großartig finden, hätten wir in der SPÖ so viele junge engagierte und kritische Menschen, die uns in Massen nachlaufen, aber das haben die wenigsten politischen Parteien im Moment. Dieses politische Engagement würde ich mir wirklich wünschen. Ich habe das Gefühl, jedes Mal, wenn sich jemand in Wels kritisch zu Wort äußert, ist er von der Opposition aufgestachelt worden.

Die SPÖ-Fraktion muss in die Oppositionsrolle hineinwachsen. So wie ich in die Rolle als Gemeinderätin hineinwachsen muss, muss die FPÖ-Fraktion in die Rolle der Regierungsverantwortung hineinwachsen. Wenn sich jemand kritisch zu Wort meldet, weil es ihm so nicht gefällt wie es gerade läuft, ist es jemand, der von uns dazu aufgefordert wurde.

Mehrfach wurde der schlechte Standard in der Jugendherberge angesprochen. Ich sah sie mir an und war im Gegensatz zum Kollegen Haböck öfter selbst Gast in Jugendherbergen. In den meisten war ich schon froh Duschkmöglichkeiten vorzufinden - also der Standard ist meistens sehr niedrig. In Wels kann man das bei Weitem nicht behaupten, denn es ist wirklich eine gut ausgestattete Jugendherberge mit schönen Räumlichkeiten, wie den Aufenthaltsraum, in dem das Frühstück eingenommen wird. Es wurde nicht nur das WLAN installiert, sondern es gibt seit März komplett neu

ausgestatte Zimmer. Soviel zum Thema Sparen – in diese Möbel wurde umsonst investiert.

Die Jugendherberge ist nicht unter SPÖ-Führung, wir sind noch nicht unter die Hoteliers gegangen. Sie ist immer noch in den Händen der Stadt, beim zuständigen Referenten Vzbgm. Kroiß. Zum Thema Low-Budget-Hotel und welche Zimmer an die Jugendlichen angeboten werden könnten und diese möglicherweise gefördert werden, damit die Jugendlichen oder Schulklassen denselben Preis erhalten wie in der Jugendherberge: Ich hinterfrage, wie lange sich Hoteliers oder Betreiber von Gaststätten sich das antun und Schulklassen aufnehmen, die die Gänge stürmen und Lärm verursachen. Kinder sind laut, nicht so diszipliniert und nicht immer die besten Gäste in einem Hotel mit anderen Gästen. Inwiefern kann man Hotels im Sinne einer Jugendherberge nutzen, wenn gleichzeitig andere Gäste vorhanden sind, die höhere Zimmerpreise bezahlen würden? Wie kann hier die Doppelfunktion funktionieren?

Auch zum Thema, dass Entscheidungen getroffen werden müssen und heute eine Entscheidung getroffen wird, möchte ich noch kurz Replik nehmen. Politischer Diskurs ja, ich war nicht mit dir im Ausschuss, lieber Stefan, hätte mit dir aber sehr gerne diskutiert. Der politische Diskurs wurde de facto schon getroffen bevor wir hier eine Entscheidung treffen. Der letzte Gast hat die Jugendherberge bereits verlassen und für 2017 gibt es keine Buchungen mehr. Wir treffen heute eine Entscheidung über die Schließung und haben bereits eine weitere Nutzung. Es ist fraglich, wie weit wir uns da demokratiepolitisch auf einem netten politischen Miteinander befinden.

Egal, wie viel das in einem Ausschuss diskutiert hätte werden können, wesentlich wichtiger wäre die Weiternutzung nach Beschlussfassung und wie man mit den Mitarbeitern im Haus umgeht. Die Mitarbeiter im Hause haben die Schließung anscheinend aus einem WT1-Interview erfahren. Das ist die Summe aller Kleinigkeiten, die dann den politischen Diskurs im Gemeinderat und außerhalb des Ausschusses führt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Eine Jugendherberge ist kein Hotel. Das wurde jetzt schon mehrfach gesagt, aber das ist die Grundaussage, von der ausgegangen werden muss, wenn eine derartige Institution bewertet werden soll. Eine Jugendherberge ist ein Übernachtungsangebot für Jugendliche, die extrem preiswerte Möglichkeiten der Nächtigung suchen. Das gibt es in Zukunft in Wels dann eben nicht mehr. Jugendliche, die gewohnt sind in Jugendherbergen zu übernachten und in der Google-Suchmaschine Jugendherberge Wels eingeben, werden in Zukunft nicht mehr fündig werden. Ich gebe zu, es war auch jetzt nicht ganz leicht fündig zu werden. Das wurde im Kontrollausschuss seinerzeit so moniert, aber es passierte leider nichts, um das zu verbessern.

Das Thema Wirtschaftlichkeit muss man bei einer Jugendherberge jedenfalls anders sehen als bei einem Hotel. Kollegin MMag. Rumersdorfer wies bereits darauf hin, dass im Vergleich der Jugendherbergen in Städten ähnlicher Größenordnung in Österreich die Welser Jugendherberge mit ihrer Buchungsdichte nicht schlecht abschnitt. Die Auslastung war durchaus in Ordnung, denn es muss in Rechnung gestellt werden, dass die meisten Jugendlichen Schüler sind, die während der Schulzeit nicht in der Lage sind herumzureisen, sodass in dieser Zeit ausschließlich Jugendgruppen, die aus Gründen der Völkerfreundschaft, aus kulturellen oder sportlichen Gründen unsere Stadt aufsuchen und die Jugendherberge benutzen.

Eine Jugendherberge zu haben, ist meines Erachtens ein Zeichen von Urbanität. Ob man zukünftig bei der Suche nach einer Jugendherberge in Wels im Internet fündig wird oder nicht, halte ich schon für einen Unterschied. Heute wird man bei dieser Suchanfrage auf die Seite der Stadt Wels weitergeleitet und auch wenn es jetzt schon fast wie ein Nachruf klingt, möchte ich den Inhalt zitieren: „Die Jugendherberge Wels befindet sich in unmittelbarer Nähe des Welser Stadtkerns und nur zwei Busstationen oder 15 Gehminuten vom Welser Hauptbahnhof entfernt.“ Es wird die optimale Lage angepriesen und das ist richtig. Die Tatsache, dass sich die Jugendherberge Wels einen Steinwurf vom Messezentrum befindet, kommt vielen Besuchern der Messestadt zugute. Auch das ein Adut, der zu Recht erwähnt wird. Für die Anreise mit dem Auto stehen PKW-Parkplätze direkt im Innenhof des Hostels zur Verfügung. Das besondere Highlight der Welser Jugendherberge ist aber nicht nur die unschlagbare zentrale Lage, sondern auch die Tatsache, dass sich das Hostel inmitten eines der größten Welser Veranstaltungszentren befindet. Die Jugendherberge liegt im Gelände des Kulturzentrums Alter Schlachthof, indem ganzjährig eine Vielzahl von Veranstaltungen stattfinden. Auch das ist richtig. Dieser Synergieeffekt ist nicht zu übersehen und kommt nicht nur den Musikern, den Besuchern von Veranstaltungen, wie Musik Unlimited oder der YOUKI zugute, sondern auch sonstigen Besuchern der Welser Jugendherberge.

Wir sahen, die Welser Jugendherberge liegt gut, sie ist gut platziert und ist obendrein in keinem schlechten Zustand, zumindest nach dem Standard von Jugendherbergen. Auch das Argument der Wirtschaftlichkeit löst sich plötzlich auf, zerplatzt wie eine Seifenblase, wenn ein Welser Gastronom mit Erfahrung in Nächtigungsbetrieben sich durchaus imstande sieht, diese Institution gewinnbringend zu führen. Warum sperren wir dann zu? Ich glaube, dass es hier um einen prinzipiellen Beschluss geht diese Jugendherberge zu beseitigen, um einem Low-Budget-Hotel, wenn es einmal gebaut ist, weitere Kunden zuzuführen.

Mit dem Beschluss zur Schließung der Jugendherberge werden wir nur eines bewirken: Die weitere Verzweigung und Provinzialisierung der Stadt Wels. Es ist wieder ein Schritt dahin, etwas, was jede Stadt dieser Größenordnung normalerweise hat, zu beseitigen und damit dem Image unserer Stadt Schaden zuzufügen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Auch ich nächtigte vor einigen Jahren in Jugendherbergen. Nicht in der Welser, aber ich kenne sie. Damals, beim Aufsuchen der Jugendherbergen in ganz Europa, suchte ich nach günstigen Quartieren. Da waren die Jugendherbergen etwas Attraktives und Interessantes, aber genauso suchte ich Campingplätze auf. Es war für mich ganz wichtig als Jugendlicher, als Student in der Weltgeschichte entweder mit dem Rucksack, mit dem Zug oder dem Auto umherzufahren. Ein schönes und leistbares Quartier war mir dabei immer wichtig.

Daher sagten wir bei dieser Diskussion über das Zusperrern der Jugendherberge, es muss das Warum, das Weshalb und „Wie geht es weiter“ angesehen werden. Beim Warum und Weshalb wurden uns die dementsprechenden, heute dargelegten Zahlen vorgelegt - diese sprechen Bände. Bände dahingehend, weil Maßnahmen gesetzt gehören. Warum und weshalb die letzten Jahrzehnte nichts gemacht wurde, um eine bessere Auslastung zu bekommen, um den Abgang zu reduzieren, möchte ich dahingestellt lassen. Tatsache ist Tatsache und die Zahlensituation liegt auf dem Tisch.

Wir als ÖVP-Fraktion sagten, reden wir über das Schließen der Jugendherberge. Aber wir wollen Alternativen dahingehend haben, dass es für die Jugendlichen, die nach Wels kommen wollen und sollen, auch interessant ist. Es soll hier zu günstigen, erschwinglichen Preisen genächtigt werden können, damit man sich in Wels aufhält, sich Wels ansieht und wiederkommt.

Alternativen liegen heute auf dem Tisch und das ist für uns das Wesentlichste, ob es nun Jugendherberge heißt oder sonst irgendwie. Nach zwei Jahren reden wir darüber eine Zukunftspolitik für die Jugend zu machen, um sie als Gäste in Wels aufnehmen zu können.

Die Jugend ist aber auch berechtigt pointiert ihre Meinung zu sagen. Daher finde ich es nicht tragisch mit einem Trauerzug seine Meinung kundzutun. Auch ich demonstrierte in meiner Studentzeit einige Male und zeigte Transparente auf. Es steht jedem Jugendlichen zu die Meinung kundzutun; es ist interessant und belebt die politische Landschaft. Dafür habe ich Verständnis. Ich habe aber kein Verständnis dafür zu sagen, es ist alles so überraschend gekommen. Ganz plötzlich aufgetreten ist für mich etwas, das gestern oder vorige Woche passierte und heute beschlossen werden sollte. Es gab dokumentiert am 11. August eine Sitzung aller vertretenen Fraktionen, alle wurden darüber informiert - drei Parteien stimmten zu. Ich verstehe das ganze „Theater“ nicht. Warum wurde bei dieser Sitzung nicht gesagt, wir müssen noch eine Ehrenrunde einlegen, noch überlegen, um zu einem gemeinsamen Konsens zu gelangen?

Ich gehe davon aus, dass alle Gemeinderäte an einer sachorientierten Lösung interessiert sind und wir gemeinsam die beste Lösung finden, um ein Angebot machen zu können. Jetzt aber ein paar Tage vorher zu sagen, alle sind so böse und schlecht und die Koalition hat alles so überhastet gemacht, stimmt nicht. Gehen wir fair miteinander um, legen wir die Fakten auf den Tisch: Am 11. August war die Diskussion. Seit diesem Zeitpunkt herrschte Mäuschenstille und jetzt kommt ein Löwenaufschrei bei der Gemeinderatssitzung. Daher hoffe ich möglichst rasch zu einer sachorientierten Diskussion zu kommen, damit wir darüber reden können, wie es mit den Jugendlichen in Wels gut und konstruktiv weitergeht und wir nicht nur polemisieren.

GR. Mag. Sönser: Ich bin ein bekennender Befürworter der Jugendherberge. Als ich nach Wels kam wurde ich in die sog. Schlachthoffamilie aufgenommen, weil mich das Music Unlimited-Programm sehr faszinierte. Insofern bin ich bei der Frage nach Veränderungen und Neuentwicklung der Jugendherberge befangen. Bei Veränderungsprozessen werden Entscheidungen getroffen, man hat aber eine gewisse Prozessverantwortung. Wir versuchten einen Antrag einzubringen, damit die Jugendlichen ein Stück selber darüber entscheiden, wie so eine Veränderungsprozess und ein mögliches Zukunftsbild aussehen kann.

Dieser Antrag kommt erst am Ende der Tagesordnung, davor werden aber bereits Entscheidungen getroffen. Mein Appell ist weniger sich den Symbolen hinzugeben, sondern darüber nachzudenken, wie Jugendliche sich Wohnen bzw. Nächtigen vorstellen. Das sollten sie selber formulieren können. Dazu sollten wir „ältere Personen“, die so etwas erlebt und ein Stück mitdemonstriert haben, diesen Prozess zur Verfügung stellen, damit darüber nachgedacht werden kann, wie eine Veränderung im Bereich der Jugendherberge aussehen kann. Es ist sicher vernünftig darüber nachzudenken, wie so ein Veränderungsprozess aussieht und die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen.

GR. Mag. Parzmayr: Eine Richtigstellung gleich zu Beginn: Natürlich ist die politische Zuständigkeit der Jugendherberge jetzt bei der FPÖ-Fraktion, bei Herrn Vzbgm. Kroiß. Davor war sie aber jahrelang in der Hand der SPÖ-Fraktion, der zuständigen Referentin, und in diesen Jahren wurden pro Jahr Verluste gemacht. Die tatsächlichen Kosten wurden schon erwähnt, deshalb brauchen wir darüber nicht mehr zu diskutieren. Heute wird jede Übernachtung in der Jugendherberge mit ca. 19 bis 20 Euro von der Stadt subventioniert. Folgt man der Argumentation der SPÖ-Fraktion, ist das egal. Es geht gar nicht ums Geld, man könnte die Jugendlichen gleich gratis dort wohnen lassen, dann wären es statt 100.000 Euro 200.000 Euro Verlust – Wirtschaftspolitik der SPÖ. Wir sehen das ein bisschen anders.

Wir stellten im Jahr 2013 im Gemeinderat einen Antrag, sich mit der Jugendherberge zu beschäftigen und die Vorschläge im vertraulichen Kontrollausschuss zügig umzusetzen. Nach nur einer Wortmeldung ist dieser Antrag im Ausschuss auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Es war der SPÖ-Fraktion und den anderen offenbar nicht so wichtig, was mit der Jugendherberge eigentlich passiert. Es geht nur darum - das sehen wir jetzt - Wels muss eine Jugendherberge haben und diese muss im Schlachthof sein.

Wird jetzt der Vorschlag gemacht, diese Jugendherberge an einen privaten Betreiber auszulagern - dieser könnte sogar Gewinn damit erzielen -, dann ist das solange eine gute Idee, solange er davon leben kann. Was tun wir, wenn er das nicht mehr kann? Dann wird er kommen und Subventionen für Investitionen einfordern. Die dann vielleicht wieder erzielten Gewinne bleiben bei ihm und die Kosten bei der Stadt. Auch das wollen wir nicht. Auch ich habe in einer Jugendherberge – nicht in Wels – geschlafen, weil es die billigste Alternative war. Wenn ich nun aber in Wels Alternativen habe und Möglichkeiten schaffe, dass ich um das gleiche Geld besser oder gleich gut wohnen kann, dann bin ich davon überzeugt, dass die meisten Jugendlichen dieses Angebot wahrnehmen und der Jugendherberge als solcher keine Träne nachweinen.

GR. Mag. Simunovic: Wenn ich vor der Gemeinderatssitzung für die Schließung der Jugendherberge gewesen wäre, dann müsste ich jetzt eigentlich für die Erhaltung sein. Die angeführten Gründe für die Schließung halten einfach der Rechnung nicht stand. Wenn es jemanden gibt, der die Jugendherberge wirtschaftlich weiterführen will und laut Kollegen Mag. Parzmayr bei Nichtfunktionieren eine Subvention erhält, so muss ich sagen, das haben wir in vielen Seiten in der Wirtschaft. Ich würde dem Gastronomen gar nicht unterstellen, dass er es nicht schaffen könnte.

Als zweiten Grund überzeugt mich das Hotel Greif als Alternative für die Jugendherberge nicht. Der Abgang im Jahr – laut verlässlichen Quellen – soll zwischen 35.000 und 50.000 Euro betragen. Herr Vzbgm. Kroiß sprach von 95.000 Euro, da kommt hochgerechnet auf 10 Jahre eine seltsame Rechnung zustande. Worum geht es? Geht es darum, dass die Jugendherberge als Jugendherberge aus welchen Gründen auch immer geschlossen werden muss oder geht es tatsächlich um die Wirtschaftlichkeit? Ich hätte gerne eine Antwort darauf und hoffe auf eine für mich nachvollziehbare Begründung durch Herrn Vizebürgermeister Kroiß.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Was mich betrifft, vielleicht ein paar Worte der Klarstellung. Frau GR. MMag. Rummersdorfer, der Spritzenautomat wurde im Februar 2014 abmontiert und verlagert. Er befindet sich nicht mehr am dortigen Standort.

Da ich schon einige Jahre im Vorstand des Tourismusverbandes bin, möchte ich anführen, die Business-touristik funktioniert sehr gut, während wir bei der Individualtouristik wirklich Probleme haben und die Auslastung am Wochenende immer sehr schwierig ist. Die Jugendherberge wurde jedes Jahr kritisiert, weil die Auslastung jedes Jahr rückläufig war. Bis dato kann nicht über booking.com gebucht werden - das ist natürlich für junge Leute besonders wichtig. Ich finde es absolut nicht in Ordnung, die fachliche Kompetenz meiner Mitarbeiter in Frage zu stellen, denn natürlich wurde das zukünftige Projekt der Sozialpsychischen Beratungsdienste mit den Mitarbeitern erarbeitet. Sie sehen absolut kein Problem die Beratungsstelle Circle und die Substitutionsstelle zusammenzulegen, da viele Klienten beides nutzen.

Herr GR. Hufnagl, ich weiß nicht, ob sie es wissen: Natürlich kommt die niederschwellige Kontaktpunktstelle für Drogen-Streetwork nicht in die Dragonerstraße. Sie bleibt wo sie ist, denn das wäre auf keinen Fall kompatibel mit der Drogenberatung.

Vzbgm. Kroiß: Seitens der SPÖ-Fraktion kam der Vorwurf, es wurde der Ausschuss nicht informiert. Der Antrag im Ausschuss am 24.11.2016 lautete: Die Jugendherberge der Stadt Wels wird mit Ablauf des 31.12.2016 geschlossen. Dazu gab es keine Wortmeldungen, daraufhin wurde abgestimmt. Das heißt, es gab von Seiten der SPÖ-Fraktion keine Fragen. Das betrifft auch die anderen Fraktionen.

Wenn ich den Ausführungen der Kollegin Scheinecker folge, dürfte es gar keine Kinderhotels geben. Es gibt sogar Hotels, die sich auf diesen Bereich spezialisiert haben. Natürlich machen Kinder Lärm, aber ich denke es kann durchaus funktionieren.

Die derzeitigen Möbel in der Jugendherberge möchten wir einerseits verkaufen, andererseits gibt es aber auch Gespräche sie einem sozialen Zweck zuzuführen, weil es sich auch um Stockbetten handelt. Es gibt das Thema der Lage - wie von Koll. Mag. Teubl ausgeführt - aber ich denke auch die anderen Örtlichkeiten, wie Kolpingstraße, Zeileisstraße, Stadtplatz, Adlerstraße und Obermüllnerstraße, sind sehr im Zentrum gelegen und den Jugendlichen durchaus zumutbar. Je nach Veranstaltung liegen diese Standorte vielleicht sogar näher.

Der Antrag ist sicher keine Kurzschluss-handlung, sondern sehr wohlüberlegt, basiert auf Zahlen, Daten und Fakten. Meine Aussage war: Wir sind kein klassischer Tourismusort, der unbedingt eine Jugendherberge benötigt. Soweit mein Zwischenbericht.

Vzbgm. Huber: Ich darf einiges berichtigen: Herr Dr. Csar, am 11.08. stimmten drei Parteien dem ICG-Prozess zu – die SPÖ nicht! Mag. Parzmayr meint, 2013 seien vertrauliche Kontrollberichte im Gemeinderat diskutiert worden und im Ausschuss verschwunden. Nein, das ist nicht so. Damals hatte die Jugendherberge ca. 37 % Auslastung und es wurde darüber debattiert, ob die Hotels auch eine solche Auslastung haben. Daraufhin wurde eine Preiserhöhung gefordert - auch laut Kontrollbericht - und Vergleiche mit anderen Jugendherbergen angestellt. Wir meinten, dass unser Standard nicht so hoch sei und es besser wäre billiger zu bleiben. Am 18.11.2013 wurde diese Preiserhöhung im Gemeinderat beschlossen. Rückblickend ist man immer gescheiter, aber diese Preiserhöhung war ein Stück Todesstoß, denn damit ging die Auslastung etwas zurück.

In der ganzen Diskussion wird vergessen, dass eine Jugendherberge natürlich einen Zuschussbedarf hat - wir haben uns zu ihr bekannt. Der Referent meint jetzt: 5000 Nächtigungen pro Jahr und der Hotelier bekommt einen Zuschuss von 10 Euro pro Nächtigung - das sind dann auch immerhin 50.000 Euro jährlich. Die Jugendherberge war eine gute Geschichte in der Stadt Wels und ich finde es schade, sie jetzt einfach zu eliminieren.

Herr Haböck, wir machten ein wunderschönes Foto von der WLAN-Einführung in der Jugendherberge. Mitarbeit im Ausschuss heißt aber sich nicht nur für WLAN stark zu machen; ich hörte im Ausschuss keine Vorschläge für Verbesserungen. Das Thema haben wir nie „schleifen lassen“, sondern sagten immer, dass die Jugendherberge zwar etwas kostet, aber wir sie in unserer Stadt brauchen. In der ganzen Diskussion werden die Sportvereine, wie UNION, ASKÖ usw., vergessen, denen wir es immer ermöglichten zu noch günstigeren Tarifen, als in der Tarifordnung vorgesehen, zu nächtigen. Das alles verursachte natürlich einen Abgang.

GR. Hufnagl: Von Dr. Csar lernte ich etwas hartnäckiger zu sein. Bei Betrachtung der Ergebnisse unserer politischen Abstimmungen stellte ich fest, dass es gewisse Punkte gibt, die mit „ja“, andere mit „offen“ markiert sind. Wieder andere wurden von den NEOS mit „nein“ markiert. Ich lernte jetzt bei allen offenen Punkten oder bei den abgelehnten Punkten ganz offensiv an das Thema heranzugehen. Der Herr Bürgermeister wird jetzt einige E-Mails zu gewissen Themen mit anderen Vorschlägen von mir erhalten und ich bin gespannt, ob wir ein eventuelles „ja“ oder „nein“ revidieren können.

Damals wurde über verschiedene Dinge abgestimmt, wobei die Möglichkeit einer weiteren Diskussion gar nicht vorhanden war. So fasste ich das auf, vielleicht war das auch falsch. Soweit ich weiß, stimmten nicht drei Parteien dafür, sondern die GRÜNEN und die NEOS stimmten dagegen und die SPÖ hat sich der Stimme enthalten. Also stimmten die FPÖ und die ÖVP für die Schließung. Das widerspiegelt jetzt nicht den Wählerwillen, also nicht das Wahlergebnis und die Mehrheit. Es ist so zu akzeptieren.

Für die Zuseher und Zuhörer möchte ich noch ergänzen, es war für uns im Ausschuss nicht möglich diese Angelegenheit zu diskutieren. Wir NEOS haben in den Ausschüssen nur ein Frage- und Antwortrecht, für welches wir sehr dankbar sind.

Dr. Csar meinte, wir haben jetzt eine Lösung, eine Alternative. Diese haben wir aber erst seit zwei Stunden, weil der Beschluss über den Ankauf des Objektes Greif erst heute gefasst wurde. Das heißt, vor Beginn dieser Sitzung wüsste ich von keiner verbindlichen Alternative. Spannend wäre eine Nein-Abstimmung beim Greif geworden. Aber ich gebe zu, das ist unwahrscheinlich, aber dennoch eine interessante Frage, die es zu stellen gilt.

GR. Schönberger: Die Jugendherberge steht nur stellvertretend für viele andere Dinge, die in den letzten Monaten nach der Wahl beschlossen und von der Koalition „durchgewunken“ wurden. Mir kommt wirklich vor, es werden einfach mit dem Sparwillen Dinge abgedreht, zuggedreht und abgeschafft nach dem Motto „Operation gelungen, Patient tot“, ohne wirklich eine Alternative zu haben. Man kann selbst Gast der Jugendherberge gewesen sein oder auch nicht, aber jeder hat Erinnerungen an die Übernachtungen in seiner Schulzeit und jeder weiß, gerade diese Mehrbettzimmer machten dieses Erlebnis aus. Jetzt kann gesagt werden, dass das in Wels nicht benötigt wird und die Jugendlichen sollen lieber in Ein- oder Zweibettzimmern im Greif

schlafen. Ich weiß nicht, ob es dasselbe Flair hat. Für einen Erwachsenen hat das sicherlich mehr Charme.

Dieser Punkt hat noch einiges an Diskussionsbedarf und ich würde mich freuen, wenn diese Diskussion aktiv weitergeführt werden würde. Außerdem verstehe ich die Haltung der ÖVP-Fraktion nicht. Sich dezidiert gegen eine Jugendherberge auszusprechen und private Anbieter gut zu heißen, ist mir völlig unverständlich.

Zur Verantwortung der Referentin der letzten Jahre: Sie machen es sich wirklich sehr einfach, denn wenn ihr Referent damals betroffen war, war im Zweifelsfall immer Bürgermeister Dr. Koits dafür zuständig. Aber nie ihr eigener Referent. Heute ist natürlich Frau Vzbgm. Huber zuständig und nicht mehr der Bürgermeister. Sie spielen das Spiel wirklich sehr gut auf ihrem eigenen blau-schwarzen Klavier. Das ist nur nicht ehrlich. In der letzten Funktionsperiode hatten sie die Mehrheit im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Sie hätten nie endende Innovationen einbringen und mit ihren 19 Mandaten (von 36) beschließen können. Warum haben sie es nicht getan?

Jetzt ist es leicht zu sagen, es ist nie etwas in den Ausschüssen passiert - auch Kollege Haböck hätte die Initiative ergreifen können. Man kann sagen, die SPÖ-Fraktion hat nichts getan, aber auch von ihnen kam nichts. Ich finde es unverantwortlich, welches Spiel die ÖVP-Fraktion hier treibt. Sie schummeln sich mehr oder minder als Minderheit jahrzehntelang durch die politische Landschaft in Wels, sind überall mit dabei, wollen hinterher aber keine Verantwortung dafür haben. So geht es nicht, meine Damen und Herren!

Ich gebe ihnen noch einmal die Chance dazu, ihre Courage zu zeigen und stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Amtsbericht in den Ausschuss für neuerliche Diskussionen zurückzuverweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schönberger auf Zurückweisung gegenständlichen Amtsberichtes an den zuständigen Ausschuss wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Haböck: Geschätzter Kollege Schönberger, es ist immer mutig von einer Partei, die im letzten Jahr 30 Prozentpunkte verlor, auf andere Parteien, auf ihre Größe im Gemeinderat hinzuweisen. Sie haben die vor 14 Monaten erfolgte Wahlniederlage noch immer nicht verdaut und es wäre jetzt schon langsam Zeit, sich wieder an konstruktiver Arbeit zu beteiligen. Das sagte im bereits im letzten Gemeinderat.

Danke Herr Vizebürgermeister Kroiß als Ausschussvorsitzender, dass sie das von mir vorhin Erwähnte „die Ausschusssitzung ist dazu da, die Arbeit zu erledigen“ zitieren und bestätigen. Diskutiert wurde im Ausschuss nichts, warum? Im Gemeinderat laufen die Fernsehkameras, in der Ausschusssitzung nicht. Das ist der einzige Grund warum im Ausschuss darüber nicht diskutiert wurde.

Kollege Schönberger, ich sagte in meiner Wortmeldung, dass das Thema bei allen Parteien nicht präsent war. Aber zwei Parteien einigten sich jetzt etwas zu unternehmen und plötzlich nach sechs Jahren der politischen Verantwortung, nach sechs Jahren Finanzreferent und Jugendreferentin, kommt bei der SPÖ-Fraktion die große Panik. Sechs Jahre wurde im zuständigen Ausschuss von keiner Partei etwas unternommen zur substantiellen Verbesserung der Jugendherberge. Zwei Parteien nutzen jetzt ihre Mehrheit, um hier etwas zu tun und zu schließen.

Es ist eine Unart in der Politik und im Welser Gemeinderat zu sagen, dass es sich dabei um ein Angebot der Stadt handelt, das mit Steuergeld finanziert wird. Es verursacht halt einen Abgang. Da muss man einfach „zuschießen“, als ob es Gott gegeben wäre, dass von der Stadt oder der Politik dominierte Betriebe laufend ein Minus erwirtschaften. Gibt es einen privaten Anbieter, der meint die Jugendherberge gewinnbringend führen zu können, wo die Stadt 20 Jahre nicht in der Lage war den Betrieb ohne Abgang zu führen, frage ich mich, was die letzten 20 Jahre geschehen ist? Möchte ich diesen Betrieb in der politischen Verantwortung belassen? Ein privater Unternehmer geht ein privates Risiko ein, investiert sein privates Geld und sagt, er könne es schaffen, er beweist unternehmerisches Risiko. Die Politik bezeichnet ihr Minus als normal. Aber das ist Steuergeld! Einerseits haben wir risikofreudige Unternehmer, andererseits Politiker, denen es völlig egal ist, ob der Abgang 95.000 oder 110.000 Euro beträgt, denn es ist ein soziokultureller Freiraum und da spielt Steuergeld natürlich keine Rolle.

Wir reden davon, dass schon jeder in einer Jugendherberge genächtigt hat und früher war das so und so. Aber die Zeiten haben sich geändert, weil das Angebot für Übernachtungen und Reisen massiv anders, besser, vielfältiger und günstiger ist. Es ist günstiger, weil es nicht nur die Staatsbank, Staatslinien und es nicht nur Hotels gibt, sondern private Investoren und innovative Tüftler Plattformen erfunden haben, Angebote erfunden haben, die schön langsam von der Politik wieder abgedreht werden, wo es jungen Menschen in den letzten Jahren immer leichter gefallen ist, zu reisen, die Welt zu entdecken und zu übernachten.

„Ich habe das in meiner Jugend so gemacht, deshalb muss das immer so sein“ ist wirklich keine Lobeshymne auf die Visionskraft der Politik. Die Politik hat es nicht geschafft die Jugendherberge gewinnbringend und nicht einmal kostendeckend zu führen - Private sagen, sie können es. Deshalb sehe ich mich in der Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern, die privaten Anbieter sollen es probieren und ich hoffe, dass es dadurch besser wird.

Vzbgm. Huber: Herr Gemeinderat, das Friedenslicht brennt bei ihnen noch, also ein bisschen Ruhe!

Bgm. Dr. Rabl: Das Friedenslicht brennt überall noch und soll nirgends ausgeblasen werden. Insofern ist etwas Ruhe durchaus angebracht. Liebe Silvia, die von dir erhobene Behauptung, eine Jugendherberge macht halt einmal Verlust, muss ich zurückweisen. Ich habe mich mit dem Jugendherbergsverband im Zusammenhang mit der Übernahme der Jugendherberge Wels als erste mögliche Maßnahme unterhalten. Dieser sagte mir, sie haben keinerlei Zuschussbedarf. Das ist immerhin der größte Betreiber einer Jugendherberge in ganz Österreich. Es ist keineswegs „Gott gegeben“, dass eine Jugendherberge Verlust machen muss. Manche machen das aufgrund schlechter Führung und schlechtem Marketing, andere machen es nicht.

Beim ICG-Prozess – der Prozess betreffend Einsparungen der Stadt Wels - wurden alle möglichen Aussagen getroffen und zur Jugendherberge hat es folgende Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Schließung gegeben: ÖVP: ja, FPÖ: ja, SPÖ: Enthaltung bzw. es muss noch eine Meinung gebildet werden, also kein nein, die GRÜNEN: nein und die NEOS: nein – ergibt: 2 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen, 1 „Enthaltung“ mit gelber Ampel. Zur Erklärung, die SPÖ-Fraktion sagte zu allem, sie müsse sich dazu noch eine Meinung bilden.

Im Kontrollbericht zur Jugendherberge aus dem Jahr 2013 steht bereits sehr klar, dass wir Maßnahmen einleiten müssen, um diese Jugendherberge zu retten. Das begann mit Tarifierhöhungen. In Linz kostete das Zimmer 40 Euro, in Steyr 35 Euro und in der Stadt Wels 25 Euro. Wir erhöhten die Tarife. Das führte jedoch nicht zu dem gewünschten Erfolg, weil es um die erhöhten Preise Alternativunterkünfte in Wels gab. Wenn ich eine bessere Qualität zum gleichen Preis bekomme, dann werde ich keine Jugendlichen finden, die in der Jugendherberge nächtigen. Eine Jugendherberge besucht man in seiner Jugend deswegen, damit man zu dem möglichst günstigsten Preis irgendwo unterschlüpft. Auch ich besuchte Jugendherbergen, aber da ging es mir nicht um ein Marmorbad mit frisch verpackter nebenliegender Seife, sondern ich wollte irgendwo ein Dach über den Kopf haben, den Schlafsack ausrollen und übernachten. Diese Funktion konnte die Jugendherberge in Wels einfach nicht mehr erfüllen. Sie war nicht mehr marktfähig, es hat andere gegeben, die besser, billiger und schneller waren. Schneller in der Abwicklung und einfacher im Internet abrufbar.

Wenn wir es als Stadt Wels nicht schaffen diesem Marktgeschehen zu folgen und unser Angebot anzupassen, dann hat sich diese Idee überholt. Das ist zwar bedauerlich, aber ein Faktum. Was wollen wir denn als Politik? Als Politik wollen wir in Zusammenhang mit dieser Abstimmung nur wissen, ob es in Wels eine preiswerte Unterkunft für Jugendliche gibt. Ja oder nein? Es gibt eine Alternative, die eine günstigere oder gleich teure Übernachtung sicherstellt. Somit ist der erste Punkt der Frage, was wir wollen, abgehakt.

Wir haben für die Jugendlichen in der Zukunft - nicht nur für die nächsten zwei Jahre - eine günstige Unterkunft. Dafür brauchen wir also keine Jugendherberge. Noch dazu wird das Greif zuschussfrei geführt, das heißt 90.000 Euro gespart. Wir haben zu gleichen Preisen eine Unterkunft für alle Jugendlichen sichergestellt.

Was passiert nun mit dem Gebäude? Können wir es sinnvoll verwenden? Da gab es von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger ein wirklich herausragend ausgearbeitetes Konzept, welches heute noch diskutiert wird, wo sogar einige der FPÖ gegenüber kritisch eingestellte Mandatäre dieses als in Ordnung befinden und dem zustimmen können, weil es Sinn macht. Also auch die Nachnutzung ist optimal gegeben. Ich weiß, die Jugendlichen sind ordentlich untergebracht und es gibt eine sinnvolle Nachnutzung. Warum stimme ich dem Beschluss nicht zu? Warum gibt es diese Kritik? Da kommt der Verdacht auf, dass es nicht um die Sache geht, sondern es geht nur um das politische Kleingeld, d.h. es wird diskutiert, ein bisschen schlechtgemacht, angepatzt und böse Stimmung verbreitet. Das obwohl überall ein Lichtlein steht.

Ich bin etwas enttäuscht und habe mir etwas mehr erwartet, einen größeren Effekt. Wäre es um die Sache gegangen, hätten die NEOS einen Alternativvorschlag eingebracht. Wo ist der Alternativvorschlag der SPÖ- oder der GRÜNE-Fraktion? Ihr hattet seit August dafür Zeit. Habt ihr euch Gedanken darüber gemacht? Keine

Wortmeldungen, keine Fragen und keine Vorschläge im Ausschuss. Habt ihr irgendetwas gemacht für eine Alternative? Gar nichts! Man könnte sagen, die Zeit war zu kurz, das haben wir nicht in dieser Zeit geschafft, aber der Kontrollbericht liegt seit 2013 auf dem Tisch. Habt ihr seit 2013 irgendeine Maßnahme gemacht? Nein! Wenn dann etwas gemacht werden muss, weil der Rechnungshof dieses Problem feststellte und wir eine Alternative, eine Nachnutzung fanden, kommt nicht im Ausschuss sondern heute im Gemeinderat die große Kritik.

Das kann ich nicht nachvollziehen und es nicht verstehen. Das ist nicht die konstruktive Politik, die ich mir wünsche, bei der diskutiert und Fraktionsbesprechungen einberufen werden. Das ist reines parteipolitisches Taktieren. Das bringt uns nicht weiter. Wir wollen für die Stadt etwas Positives bewegen und deshalb möchte ich eine Zusammenarbeit. Dieser Gemeinderat vor Weihnachten ist genau die richtige Sitzung, um die Zusammenarbeit einzufordern. Macht Vorschläge, wir sind alle bereit diese zu diskutieren. Nichts zu sagen und dann in der Gemeinderatssitzung die große Empörung emporkommen zu lassen, ist für politisches Handeln, gerade wenn Handlungen gesetzt werden müssen, einfach zu wenig.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die rege Diskussion. Ich möchte aber noch auf einige Punkte eingehen und diese ergänzen:

Zu der Wortmeldung der Referentin zur Tarifierhöhung vom 18. November möchte ich anmerken, dass wir uns natürlich weiterhin die Evaluierungen ansehen und rege diskutieren werden. Rege diskutiert haben wir aber erst heute. Zu den vom Kollegen Schönberger angesprochenen beliebten Drei- bzw. Vierbettzimmern: Wir haben in Wels 40 Dreibettzimmer und 28 Vierbettzimmer. Auch wenn die Jugendherberge zusperrt, gibt es nach wie vor Möglichkeiten in Mehrbettzimmern unterzukommen.

Was hätten wir getan, wenn die Option mit dem Greif nicht vorhanden gewesen wäre? Wir hätten es auch ohne Greif-Hotel geschafft; diese Option ergab sich erst jetzt zum Schluss. 15 % des klassischen Jugendherbergspublikums kommt in den Ferienmonaten Juli und August im Kolpinghaus und im Georg Oberhaidinger-Haus in der Obermüllnerstraße unter. Dieses erhöht seine Bettanzahl um 90 Stück.

Wir geben der Jugend in der Stadt Wels sehr wohl eine Chance, aber das hat nicht unbedingt etwas mit der Jugendherberge zu tun. Ich darf sie ersuchen, diesem Tagesordnungspunkt zuzustimmen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

4.)

Parkanlage Eibenstraße; Attraktivierung  
SB-StaG-49-2016

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 22.11.2016:

1. Die Attraktivierung der Parkanlage Eibenstraße in der dargestellten Art und Weise und zu den voraussichtlichen Gesamtkosten in der Höhe von 128.000 Euro inkl. USt. wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt die Fremdleistungen in der Höhe von 80.000 Euro brutto um 10 % für Unvorhergesehenes und die Eigenleistungen in der Höhe von 48.000 Euro um 20 % für Unvorhergesehenes zu überschreiten.

GR. Prähofer: Ich hoffe, ich kann zur positiven Wirkung des Friedenslichtes etwas beitragen, weil meine Wortmeldung positiv ausgerichtet und kurzgehalten ist. Wir wurden von den Jugendlichen, die sich im Umfeld des Spielplatzes Eibenstraße aufhalten, persönlich kontaktiert und es wurde der große Wunsch zur Errichtung eines Trinkbrunnens geäußert. Im Zuge der Umgestaltung des Parks freuen wir uns sehr, dass wir diesen Trinkbrunnen für die Benutzer anbieten können.

Kinder und Jugendliche sind auf den Spielplätzen oftmals in voller Aktion und eventuell unzureichend mit Getränken versorgt. Mangels Trinkwasserangebot greifen sie zu sehr zuckerhaltigen Getränken, die zu gesundheitlichen Problemen führen könnten. Die ÖVP-Fraktion möchte sich bei der eww ag bedanken für die Zusage sich maßgeblich an diesem Projekt zu beteiligen.

GR. Paulusberger: Ich bedanke mich sehr herzlich beim Aktivteam Noitzmühle, denn dieser Vorschlag des Trinkbrunnens kommt von den Jugendlichen in der Noitzmühle und wurde von Herrn Thomas Ebetshuber und Herrn Werner Stögmüller an mich herangetragen. Sehr herzlich bedanke ich mich auch beim Vorstandsdirektor der eww ag für die Umsetzung und danke, liebe Silvia, für die unkomplizierte Lösung im Ausschuss.

Vzbgm. Huber: Ich bin gewohnt unkompliziert zu arbeiten und wenn es Vorschläge im Ausschuss gibt, nehme ich diese sehr gerne auf.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

5.)

Parkanlage Albrechtstraße; Sanierung  
SB-StaG-49-2016

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 22.11.2016:

1. Die Sanierung der Parkanlage Albrechtstraße in der dargestellten Art und Weise und zu den voraussichtlichen Gesamtkosten in der Höhe von 130.000 Euro inkl. USt. wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt die Fremdleistungen in der Höhe von 85.000 Euro brutto um 10 % für Unvorhergesehenes und die Eigenleistungen in der Höhe von 45.000 Euro um 20 % für Unvorhergesehenes zu überschreiten.

GR. Wohlschlager: Erlauben sie mir zum Thema Spielplätze eine allgemeine Bemerkung: Als zweifache Mutter kann ich sagen, freies spontanes Spielen ist unverzichtbar für die Entwicklung unserer Kinder. Sie brauchen Möglichkeiten herumzutoben, sich zu bewegen und zu experimentieren. Im Umgang mit anderen Kindern erwerben sie auch die Fähigkeit der sozialen Kontakte. Wo kann das besser geschehen als auf Spielplätzen? Wels verfügt über ein breites Angebot an Spielplätzen, 37 an der Zahl, von denen dank der früheren Referentin, Vzbgm. Raggl-Mühlberger, in den letzten Jahren viele renoviert oder erneuert wurden. Unsere derzeitige Referentin Silvia Huber führt diesen Kurs fort, was wir sehr begrüßen.

Wenn man auf den Spielplätzen unterwegs ist, bemerkt man aber auch sorglos hinterlassenen Müll, der durch Aludosen oder zersplitterte Glasflaschen nicht nur unschön anzusehen, sondern wirklich gefährlich für die Kinder ist. Der Müll wird nicht in die dafür vorgesehenen – meist ohnehin leeren – Behälter gegeben, sondern einfach daneben auf die Grünflächen geworfen. Es gibt einige stark frequentierte Standorte, die besonders hervorstechen. Der Park in der Eibenstraße gehört auch dazu sowie der Slakline- Park in der Noitzmühle oder der Spielplatz Am Rosenhag.

Neben der bereits im gesamten Stadtgebiet installierten Flurreinigungsaktion ist es notwendig die Besucher der Parks, Grünflächen und Spielplätze beim Thema Müll zu sensibilisieren. Trotz eines gut funktionierenden Reinigungsdienstes, der mit der Entsorgung der alltäglichen Verschmutzung, wie Verpackungsmaterialien, Glasbruch oder Zigarettenkippen, ohnehin ausreichend beschäftigt ist, sind vor allem die Problemstandorte selten sauber. Hinzuweisen ist einmal mehr auf das Alkoholverbot auf öffentlichen Spielplätzen. Speziell in der wärmeren Jahreszeit mutieren einige Örtlichkeiten in den Abend- und Nachtstunden zu Treffs für Trinkgelage, die natürlich ihre Spuren hinterlassen.

Wir müssen die Besucher dazu bringen ihren Müll in verantwortungsvoller Art und Weise zu entsorgen. Wels hat wirklich tolle Anlagen zu bieten. Dort, wo Kinder unbeschwert spielen sollten, stellt der herumliegende Müll oft den einzigen Wermutstropfen dar. Eine im Frühjahr startende Schwerpunktkampagne könnte das Thema entschärfen. Ziel muss es sein, das Bewusstsein für eine intakte Umwelt zu erhöhen, die Vorbildwirkung der Eltern hervorstreichen und die Achtsamkeit im Umgang mit Müll zu erhöhen.

GR. Mag. Humer: Ich bin in dieser Gegend aufgewachsen. Die kleine Freizeitanlage in der Albrechtgrube war eine der ersten Freizeitanlagen und damals sehr attraktiv für uns Kinder und Jugendliche. Im Laufe der Jahre wurde sie durch die Nutzung der Straßenmeisterei aber immer mehr zu einem Schotterhaufen. Die Wege sind zunehmend verfallen. Gerade aufgrund der hohen Zahl der Wohnbevölkerung in diesem Bereich in Wels-West durch die Neuerrichtung von Wohnungen der WSG und dem neuen Zentrum Wimpassing ist der Bedarf vorhanden. Der Vorteil dieser kleinen Freizeitanlage ist der, dass die damaligen Abbauquoten in der Grube etwas höher gelegen waren als in der großen Freizeitanlage Wimpassing, die eigentlich von der Widmung keine Freizeitanlage ist, sondern eine Hochwasserentlastungsanlage. Gerade bei starken Niederschlägen, wenn der Grundwasserspiegel steigt, ist die kleine Freizeitanlage besser nutzbar als die große. Solche Spiel- und Freizeitanlagen sind wesentlich für die Kinder und Jugendlichen. Danke, dass wir uns gemeinsam entschließen, diese wieder zu attraktivieren.

Wenn ich so zurückdenke, gab es in jedem Viertel der Stadt Fußballplätze und Grünanlagen. Es ist sicher positiv für Jugendliche, die nicht nur in Vereinen organisiert sind, um wieder etwas gemeinsam zu unternehmen. Ich gehöre noch zu der Generation, wo die Eltern nicht genau wussten, wo wir Kinder uns aufhielten. Handy gab es auch keines. Man hat sich miteinander unterhalten und gespielt. Sehen wir, wie wir diese Anlage noch attraktivieren können. Meine Wortwahl war passend zu den noch brennenden Kerzen in den Laternen – friedlich und der Adventzeit geschuldet.

Vzbgm. Huber: Ich danke für die positiven Wortmeldungen und möchte den Gemeinderat darüber informieren, dass Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger und ich einen Masterplan vorlegen werden, mit dem wir die restlichen Parks entsprechend sanieren und adaptieren werden. Zu diesem Masterplan Parkanlagen hoffe ich auf ein ebenso großes Bekenntnis. Für jede Unterstützung betreffend Sauberkeit, Müllentsorgung usw. bedanke ich mich sehr herzlich. Natürlich werde ich auch in diesem Bereich aktiv werden. Das wurde im Ausschuss bereits besprochen. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

6.)

Mobile Familiendienste; Leistungsvereinbarung 2017  
mit der Caritas OÖ  
SOJ-KJH-012-2016

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 05.12.2016:

Der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarung 2017 betreffend Mobile Familiendienste zwischen der Caritas und der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe;  
Leistungsvereinbarungen 2017 mit dem Evangelischen  
Diakoniewerk Gallneukirchen, OÖ. Hilfswerk GmbH,  
Rotes Kreuz und Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels  
SOJ-SHoR-91-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 05.12.2016:

Der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarungen 2017 betreffend Hauskrankenpflege/Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe zwischen den externen Trägern Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen, OÖ. Hilfswerk GmbH, Rotes Kreuz sowie Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels und der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

8.)

Ankauf eines neuen Bücherbusses – Grundsatzbeschluss  
KB-B-39-2016

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Kultur- und Bildungsausschuss am 05.12.2016:

Der Ankauf eines Bücherbusses wird nach Maßgabe der budgetären Mittel grundsätzlich genehmigt, wobei neben der Variante eines Busses Alternativen, wie im Amtsbericht beschrieben, bis 30.04.2017 zur Beschlussfassung vorliegen müssen, um die Versorgung der Welser Stadtteile, Kindergärten und Schulen mit Medien aller Art (z.B. Bücher, digitale Medien etc.) sicherzustellen.

Vzbgm. Kroiß verliest den Abänderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion (Anlage 12):

Die Fristsetzung 30.04.2017 ist durch das Datum 30.01.2017 zu ersetzen.

Begründung: Da alle Varianten bereits geprüft wurden, hat lediglich eine Auflistung zu erfolgen, die auch in wesentlich kürzerer Zeit zu schaffen sein müsste.

Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Debatte miteinzubeziehen.

GR. MMag. Rumersdorfer: Ich finde es sehr traurig, dass wir den Bücherbus jetzt wieder verschieben und vertagen. Er ist seit Jahren kaputt und wir wissen seit 2013, dass wir einen neuen brauchen. Es ist verabsäumt worden sich möglichst bald darum zu kümmern. Es gab eine Arbeitsgruppe, die im Laufe des Jahres immer wieder tagte. Es wurde über unterschiedliche Varianten diskutiert, man kam immer wieder zum Bücherbus zurück. Plötzlich gab es in der letzten Sitzung am 01. Dezember der große Aufschrei nach Varianten und Alternativen. Wo sind die Alternativen?

Gerade das Lesen in die Stadtteile zu tragen ist insofern sehr wichtig, weil Studien der letzten Jahre belegen, dass Kinder nicht mehr ausreichend sinnerfassend lesen können. Deshalb ist es umso wichtiger, dass das Lesen ein Abenteuer bleibt. Die meisten Schulen besitzen mittlerweile Bibliotheken. Aber wenn der Bücherbus kommt, ist das noch einmal ein anderes Erlebnis sich hier selbst durchzustöbern und das eine oder andere Buch für sich zu finden. Ich hätte gehofft, wir beschließen heute einen neuen Bücherbus, so wie wir es im Kulturausschuss vor nicht einmal vier Wochen besprochen.

Am 14. Juni sagte Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger bereits in der Rundschau, dass der Bücherbus kommt und Herr Dr. Csar meinte am 16. November noch im WT1, im Beitrag zur „Ein-Jahr-Koalition“, der Koalitionspartner ist dafür. Er hat die Zustimmung des Koalitionspartners für den Bücherbus und dem steht nichts mehr im Wege. Ein paar Tage später kam der große Aufschrei nach Alternativen. Bitte sprechen sie miteinander, weil es so schwierig ist, hier eine Linie festzustellen. Kollege Wiesinger ist so ein großer Befürworter des Bücherbusses und die ÖVP-Fraktion ist jetzt wieder anderer Meinung. Das ist so schade, weil wir den Bücherbus auch ohne der FPÖ-Fraktion beschließen könnten.

Wir tragen diesen Grundsatzbeschluss natürlich mit, auch wenn wir es als Alibi-Aktion empfinden den Bücherbus noch weiter nach hinten zu verschieben und zu vertagen. Ich befürchte, er soll nicht mehr im Budget 2016/17 aufscheinen. Bitte stimmen sie spätestens nach dem April – bzw. je nach Abstimmung über den Abänderungsantrag – für den Bücherbus.

GR. DI Haydinger: Ich möchte diese Thematik noch einmal zusammenfassen, denn uns ging es in den Diskussionen in den letzten Jahren eigentlich immer um zwei wesentliche Punkte. Zum einen um die Förderung der Lesekompetenz der Schüler und zum anderen um die Versorgung der Stadtteile mit Lesestoff. Die Diskussion wurde jahrelang geführt und drehte sich immer wieder im Kreis. Deshalb ergriff der Referent jetzt die Initiative und rief eine Arbeitsgruppe ins Leben. Im Zuge dessen waren wir in München und in Graz und schauten uns dort entsprechend vernünftige Dinge an. Ich denke, aufgrund der Komplexität der Materie ist es nicht sinnvoll dem Abänderungsantrag zuzustimmen und die Frist auf 30. Jänner zu verkürzen, weil einige Angebote eingeholt werden müssen. „Speed kills“ ist auch in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll.

Eine Richtigstellung zum Zitat von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, denn sie wurde damals falsch zitiert und hat mehrmals versucht das zu korrigieren. Es liegen jetzt einige Alternativen vor und es ist noch abzuklären, welche Alternative für Wels am besten und welche finanziell am sinnvollsten ist.

GR. Wiesinger: Ich muss auch eine kurze Replik auf das Friedenslicht geben. Im Jahr 2009 haben wir das Original-Friedenslicht mitgenommen und vielleicht ist das der Grund, warum es heute nicht so wirkt. Ich holte es damals direkt vom ORF.

Bgm. Dr. Rabl: Die ÖVP hat einen besseren Draht zu Gott – das ist so!

GR. Wiesinger: Die Kollegen vom Kulturausschuss kann ich entwarnen, weil ich meine Debatte nicht so emotional führen werde, wie so manch andere. Es ist richtig, ich bin ein Verfechter des Bücherbusses. Ich überlegte mir lange was ich dazu sage, sollte es zu diesem Beschluss kommen. „Ende gut, alles gut“ oder „Was lange währt, wird endlich gut“. Trefflicher trifft es die Metapher: „Heute geht es um das ungeliebte Kind.“ Bei schweren Geburten entstehen schöne Kinder, deshalb freue ich mich über diesen Beschluss.

Mir geht es immer darum nicht irgendetwas zu machen, sondern wenn etwas gemacht wird, soll das Richtige gemacht werden. Ich glaube, dass der klassische Bücherbus, auch wenn wir heute viele Varianten beschließen, die richtige Entscheidung ist. Johnny, ich muss dich korrigieren, der Bus wurde 1985 in Betrieb genommen und wurde 2015 eingestellt, das sind 30 Jahre. Er wurde in Betrieb genommen, weil die Zweigstellen eingestellt wurden, als Ersatz für diese, damit eine flächendeckende Versorgung der Stadtteile mit Lesestoff sichergestellt ist. Bis 2015 wurden 11 Schulen angefahren, 13 Kindergärten, 4 Horte und 10 Standorte in den Stadtteilen. Das ergibt in Summe über 5.000 Kilometer alleine im Stadtgebiet Wels pro Jahr.

Warum ein ungeliebtes Kind? Bereits im Jahr 2011 wurden erste Diskussionen im Kulturausschuss über dieses Thema geführt. 2012 sollte bereits ein Beschluss gefällt werden - es konnte aber keine positive Entscheidung gefunden werden. Wenn die GRÜNEN behaupten hier ist jemand „umgefallen“ – die ÖVP nicht. Wir bekannten uns immer zu einem Bücherbus. Am 06.07. stellten wir im Gemeinderat einen Antrag zur Anschaffung eines Bücherbusses, aber die SPÖ und die FPÖ wiesen diesen Antrag dem Ausschuss zu. Am 17.08.2015 musste der Bücherbus wegen technischer Mängel eingestellt werden. Seit diesem Zeitpunkt haben wir keine Versorgung der Stadtteile, Kindergärten und Schulen.

Was leisten eigentlich die Stadtbibliothek und der Bücherbus? Im Jahr 2015 (diese Zahlen blieben in den Jahren 2013-2015 sehr konstant) wurden insgesamt 270.000 Bücher, Hörbücher, CDs und DVDs ausgeborgt. Alleine im Bücherbus (die Zahlen 2014 und 2015 sind hochgerechnet) wurden 90.000 Entlehnungen vollzogen. Eine sehr beachtliche Zahl. In der Stadtbibliothek ist eine Online-Bibliothek, Media2go angeschlossen und die Bücher können zu jeder Tages- und Nachtzeit in einer Rückgabebox zurückgegeben werden.

Wenn die Politik fünf Jahre für die Entscheidung des Bücherbusses braucht, muss man wissen, was das bewirkt. Die Stadtbibliothek trägt dadurch die Hauptlast. Kollegin Scheinecker sagte, man soll sich um Themen annehmen – das tat ich. Ich fuhr mehrmals mit dem Bücherbus mit, um mir den Betrieb anzusehen bzw. zu sehen, welche Personen ihn nutzen. Auch bin ich regelmäßiger Gast in der Stadtbibliothek und hörte dort von den Besuchern immer wieder die Frage nach dem Bücherbus. Hier muss die Politik endlich handeln, denn warum müssen die dortigen Mitarbeiter die Fragen beantworten, die die Politik nicht löst? Sie können auch nur in den Zeitungen lesen, dass eine Vizebürgermeisterin sagt der Bus wird gekauft, dann wird dagegen gestimmt und verschoben. Deshalb bin ich froh heute einen Grundsatzbeschluss zu fassen.

Aus diesem Grund möchte ich mich bei Herrn Scharmüller, Herr Mitterlechner und den Buschauffeuren Herrn Kröpfl und Herrn Ruttinger bedanken, weil diese permanent mit dem Thema konfrontiert wurden und das ausbaden mussten, was die Politik nicht löst. Heute dankt jeder Politiker jeden, deshalb müssen wir den Mitarbeitern des Magistrates auch einmal danken.

Brauchen wir den Bücherbus überhaupt noch und werden Bücher überhaupt noch gelesen? Dazu gibt es eine aktuelle interessante IMAS-Studie mit 1.000 Interviews vom März 2016, in der die Teilnehmer gefragt wurden, ob sie in ihrer Freizeit Bücher in digitaler oder gedruckter Form lesen. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung bevorzugen 60 % das Buch und nur 5 % digitale Medien. Bei den Buchlesern bevorzugen 73 % das klassische Buch und nur 6 % lesen digital. Diese Studie zeigt uns, dass das Buch nicht abgeschafft wird und die E-Reader nicht so bevorzugt werden, wie wir glauben.

Betreffend Bücherbus waren wir in Graz und München. Graz mit 280.000 Einwohnern verfügt über acht Standorte. Das heißt, ein Standort für ungefähr 35.000 Personen. In Wels haben wir einen Standort für 62.000 Einwohner. Zusätzlich leistet sich Graz einen Bücherbus. München mit ca. 1,5 Mio. Einwohnern verfügt über 29 Stadtbibliotheken. Das heißt, ein Standort versorgt 53.000 Einwohner und leistet sich 4 Bücherbusse. Ich erwähne das deshalb, weil Graz und München die Bücherbusse nicht 30 Jahre in Verwendung haben, sondern diese erst vor kurzem angeschafft wurden. Zusammengefasst kann gesagt werden, es sprechen nur die Kosten gegen den Bücherbus. Wird diese Investition in Höhe zwischen 400.000 und 500.000 Euro auf 30 Jahre aufgerechnet, ist das auch nicht mehr so viel.

Warum ist dieser Bücherbus so wichtig? Viele haben noch Kindheitserinnerungen, als sie selbst zum Bücherbus gegangen sind und dieses Erlebnis, wie die Kinder sich auf den Bücherbus freuen, zeigt, dass der Bücherbus ein sehr niederschwelliges Angebot gerade für Kinder ist. Im Zeitalter von Handy und Co ist es wichtig ein Buch in die Hand zu nehmen. Wird ein Buch in die Hand genommen, ist der erste Schritt zur Leseförderung schon gemacht und gerade die Stadt Wels hat im Bereich der

Lesekompetenz enormen Aufholbedarf. Aber auch die Versorgung der Stadtteile ist wichtig, weil nicht jeder mobil ist und die Hauptbibliothek besuchen kann. Auch ist die Busanbindung nicht optimal. Der Bücherbus hat eine sehr soziale Kompetenz, weil er die Bücher direkt zu den Kunden bringt.

Außerdem ist der Bücherbus auch ein Integrationsbeitrag. Ich habe es selbst bei einer Station erlebt. Ein kleines Mädchen betrat mit ihrer Mutter den Bücherbus, die Mutter sprach offensichtlich nicht Deutsch, hat aber der Tochter ermöglicht sich ein Buch auszuborgen. Würde es den Bücherbus nicht geben, wäre die Mutter nie mit dem Kind in die Hauptbibliothek gegangen. Deshalb ist es wichtig, dass der Bücherbus auch weiterhin die Stadtteile anfährt.

Ich denke, ich bin der Gemeinderat, der sich am besten mit dem Bücherbus auskennt. Herr Kollege Mag. Teubl, sie meinen in ihrem Abänderungsantrag, dass alle Varianten bereits geprüft wurden, aber das stimmt nicht. Es wurde nie geprüft, ob es irgendwo einen gebrauchten Bus gibt und da es nicht viele Städte mit Bücherbussen gibt, wird das nicht so leicht sein. Außerdem muss der Dienststelle die Zeit zur Prüfung gegeben werden, um ordentliche Angebote einholen zu können. Genauso wenig wurden kleine Busse geprüft. Die angeführte LKW-Variante wollen wir nicht, obwohl diese mitaufgeführt wurde.

Die ÖVP ist nicht „umgefallen“. Für die ÖVP war immer klar, dass der klassische Bücherbus die sinnvollste Variante ist. Aber wenn wir jetzt noch kurz vier Monate warten und prüfen, ist das für mich in Ordnung. Das wichtigste ist heute der Grundsatzbeschluss. Ich reklamierte den 30.04.2017 in den Antrag. Die Leser, die Benutzer des Bücherbusses haben endlich das Anrecht einen Bücherbus zu bekommen. Auch bin ich sehr zuversichtlich, dass der Beschluss zu einem Ankauf eines klassischen Bücherbusses - wie in den letzten 30 Jahren - gefällt wird.

GR. Prof. Mag. Teubl: Vielen Dank, Herr Kollege Wiesinger, für dieses umfassende Plädoyer, dem eigentlich von der Begründung her nichts mehr hinzuzufügen ist. Wieso haben wir nicht schon längst einen Beschluss? Die Geschichte des Bücherbusses ist ein typisches Beispiel dafür, wie Politik versagt, wie die Politik jahrelang herumredet ohne etwas zusammenzubringen. Ein typisches Beispiel dafür, Probleme nicht zu lösen. Ich zitiere aus der Kronen Zeitung vom 05.01.2013: Während die scheidende Kulturreferentin, ÖVP Stadtvize Anna Eisenrauch diese Diskussion seit dem Jahr 2011 vor sich herschiebt, machen nun die GRÜNEN für eine Lösung mobil.

Seit dem Jahre 2011 wird darüber gesprochen, 2013 meinte unsere Kollegin Elke Mayerhofer, dass wir endlich eine zukunftsweisende Lösung brauchen und urgierte diese Anschaffung. Seither wird diskutiert, diskutiert, diskutiert. Im Kulturausschuss wird diskutiert, es gab einen eigenen Arbeitskreis Bücherbus, es gab zwei Exkursionen nach Graz und München, wo wir uns verschiedenen Busse ansahen. Jetzt nach fünf Jahren Diskussion kommen wir darauf, keine Alternative geprüft zu haben. Ich glaube, es war schon ganz am Anfang davon die Rede, ob nicht vielleicht ein kleiner Anhänger reicht. All diese Varianten wurden schon sehr oft hin- und hergeprüft. Deshalb kann ich den Weihnachtsfrieden jetzt nicht ganz aufrechterhalten, denn ich ärgere mich wirklich darüber, dass hier nichts weitergeht und auch darüber, diese Geschichte abermals zu vertagen.

Nachdem jahrelang in diesem Zusammenhang nichts passierte, wurde kurz vor der Wahl von der ÖVP-Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dann von der SPÖ- und FPÖ-Fraktion abgelehnt wurde. Irgendwie verstehe ich nicht, wie lange dieses Thema noch vor sich hergeschoben werden soll. Wird ein LKW der Straßenmeisterei kaputt, wird bei der nächsten Gemeinderatssitzung ein Beschluss für eine Neuanschaffung eines LKWs gefasst. Ist ein Bücherbus schon 27 Jahre alt und wird nicht mehr lange funktionstüchtig sein, dann wird nicht nur gewartet bis er kaputt ist, sondern noch fünf Jahre länger. Wenn wir ihn im April endlich bestellen, dann wird es bis zu seinem Einsatz noch ein Jahr dauern, weil es sich dabei um keine Serienanfertigung handelt. Ein Bücherbus wird in einer Einzelanfertigung erzeugt. Das heißt, die Geschichte liegt seit Jahren auf dem Tisch und wir sind nicht imstande etwas weiterzubringen.

Deshalb dieser Zusatzantrag - es wurde lange herumdiskutiert! Wir machen uns vor der Bevölkerung lächerlich und müssen endlich Maßnahmen setzen und nicht einen Grundsatzbeschluss fassen, indem doch wieder nichts beschlossen wird, sondern wieder vier Monate Wartezeit. Bitte fassen wir endlich einen Beschluss, der auch eine Anschaffung beinhaltet. In diesem vorliegenden Antrag steht immer noch „nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten und der budgetären Mittel“. Das heißt, es gibt immer noch die Möglichkeit der nichtvorhandenen budgetären Mittel. Solche Beschlüsse sind einfach lächerlich. Machen wir doch bitte einen Beschluss und einen Finanzierungsbeschluss in der nächsten Gemeinderatssitzung, so wie es bei anderen Projekten auch der Fall ist. Dadurch könnte der Bücherbus zumindest einmal produziert werden, wenn er schon nicht in den nächsten Monaten auf den Straßen zu sehen sein wird.

Von „Umfallen“ oder „Nichtumfallen“ wollen wir jetzt gar nicht reden. Es geht darum, dass alle dafür sind, aber nichts getan wird. So machen wir uns bei der Bevölkerung lächerlich. Deshalb bitte kommen wir zu einem Beschluss, der Hand und Fuß hat.

StR. Hoflehner: Ein paar Worte aus der Sicht des Verkehrsreferenten. Ich bin mir nicht so sicher, wenn ein LKW der Straßenmeisterei nicht mehr einsatzbereit sein sollte, sofort ein Ersatzfahrzeug zu bekommen. Auch die Anschaffung eines neuen Lastkraftwagens für die Straßenmeisterei dauert seine Zeit.

Dem zeithistorischen Exkurs des Kollegen Mag. Teubl habe ich nichts hinzuzufügen, genauso wenig wie dem Herzblut des Kollegen Wiesinger. Das sind alles sehr gute Argumente und ich wundere mich, warum bei so viel Herzblut und Argumenten der April des nächsten Jahres noch abgewartet werden muss. Es gibt nicht nur Bücher in der Stadtbibliothek und im Bücherbus, sondern es gibt sehr viele Schulen mit sehr gut ausgestatteten Bibliotheken. Das eine ergänzt das andere. Die Lage ist heute – aus welchen Gründen auch immer – offensichtlich nicht zu beschließen, aber nicht hoffnungslos.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich höre von allen dafür zu sein, aber es kommt zu spät, zu lange und wir jammern und jammern. Man will etwas Gutes nicht gut sein lassen. Herr Mag. Teubl, sie als Pädagoge machen eine Prüfung in der Klasse und die Schüler schließen mit Bestnote ab und sie meinen dann, warum die Schüler voriges Jahr so schlecht waren und da und da nichts gelernt haben, so wird dann die Welt für die Schüler auch nicht mehr so heil sein.

Wir sind nicht ihre Schüler - da bin ich sehr froh darüber - möchte aber dazu etwas Sachliches festhalten. Der Bücherbus wird heute vom Grundsatz her beschlossen. Alle sind begeistert, also lasst die Freude einfach aufkommen und jammert nicht, dass das schon wieder zu spät ist. Es ist insofern so spät gekommen, weil bis jetzt keine Mehrheiten vorhanden waren. Jetzt gibt es aber Mehrheiten, es werden Nägel mit Köpfen gemacht und es wird Schritt für Schritt umgesetzt.

Ich gehe davon aus bald einen Bücherbus zu haben und es können sich dann alle rühmen es gemeinsam geschafft zu haben. Ein Dankeschön für Markus Wiesinger, der sich von Anfang an immer für den Bücherbus einsetzte. Ohne ihn wären wir wahrscheinlich nicht so weit gekommen. Markus Wiesinger ist unser Fraktionsobmann und das freut uns besonders.

GR. Hufnagl: Der Bücherbus ist eine wirklich tolle Geschichte, aber warum braucht man dazu fünf Jahre, der kolportierte 500.000 Euro kostet? Wir entscheiden über das Stadttheater Greif und ein Amtsgebäude innerhalb von zwei Wochen, das ist für mich überhaupt nicht verständlich. Ich unterstütze den Abänderungsantrag der GRÜNEN die Zeit zu verkürzen und würde aufgrund des Friedenslichtes einen Gegenvorschlag bringen. Ich stelle den Antrag, die Frist auf Ende Februar zu verlegen.

Vzbgm. Kroiß: Dieser Antrag kann nur schriftlich eingebracht werden und ich denke, eine Verkürzung ergibt keinen Sinn.

GR. Hufnagl: Dann werde ich den Antrag der GRÜNE-Fraktion unterstützen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke, für die sehr umfangreiche Diskussion. Wir hatten im Kulturausschuss schon einen fertigen Antrag mit Finanzierungsmodellen vorliegen. Wenn wir diese Ehrenrunde noch einmal drehen, alle zu dem stehen, was sie heute sagten, werden wir am 30.04.2017 einen Antrag vorliegen haben, der die Mehrheit finden wird. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten ihn heute beschlossen. In Anbetracht der Zeitspanne, die wir für „die Geburt des Bücherbusses“ brauchten, kann ich auch damit leben, den Beschluss im April zu fassen.

Es stimmt, ich bin ein Verfechter des E-Books, weil dieses ein Teil der Kommunikationstechnik der heutigen Zeit ist. Wesentlich ist für mich, dass das Buch als haptisches Erlebnis aufrechterhalten werden muss. Auf das gut aufgebaute Schulbibliotheksystem wurde schon hingewiesen, dass die engere Bereitstellung von Lesestoff für die Schüler ermöglicht.

Die Frage der E-Reader wird stärker auf uns zukommen, denn schon jetzt sind Hörbücher in der Bücherei der Stadt Wels sehr gefragt. Ich ersuche sie diesen Antrag gemeinsam zu beschließen und glaube nicht, dass dieser Beschluss durch einen Alternativtermin beschleunigt werden kann. Wenn wir heute den 30.04. beschließen, dann haben wir im Bereich der Leseförderung in den Schulen und der Elementarpädagogik einen Dienst für die Welser Bevölkerung geleistet.

Der Abänderungsantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion wird mit

4 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
gegen 29 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
abgelehnt.

Der Hauptantrag zu Tagesordnungspunkt 8. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Spindler waren bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkten nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Spindler hat um 18.43 Uhr die Gemeinderatsitzung verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

9.)

Grundsatzvereinbarung für interkommunale  
Raumentwicklung im Zuge einer Stadt-Umland-  
Kooperation „Stadtregion Wels“  
BauD-SVP-31-2016

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und im Verkehrsausschuss am 28.11.2016:

1. Der Gemeinderat der Stadt Wels nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass beabsichtigt ist einen Förderungsantrag aus dem EFRE-Programm Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014-2020 im Hinblick auf die Erstellung einer stadtreionalen Strategie zu stellen.
2. Die Stadt Wels schließt beiliegende Grundsatzvereinbarung zur Einrichtung einer interkommunalen Stadtumlandkooperation Stadtregion Wels ab. Aus dieser Grundsatzvereinbarung ergibt sich insbesondere, dass die Stadt Wels die Vorfinanzierung der Projektkosten von maximal 172.500 Euro übernimmt und ein voraussichtlicher maximaler Eigenmittelanteil in Höhe von maximal 13.000 Euro von der Stadt Wels zu finanzieren sein wird. Die Stadt Wels übernimmt die fördertechnische Abwicklung und Vorfinanzierung nach Maßgabe dieser Grundsatzvereinbarung als Projektträger.
3. Beiliegende Geschäftsordnung des Stadtreionalen Forums der Stadtregion Wels wird beschlossen. Aus dieser Geschäftsordnung ergibt sich insbesondere, dass die Stadt Wels im Stadtreionalen Forum durch den Bürgermeister vertreten wird. Im Falle seiner Verhinderung wird die Stadt Wels durch den ersten Vertreter sowie im Falle dessen Verhinderung durch den zweiten Vertreter vertreten.

StR. Hoflehner: Als Verkehrsreferent freue ich mich besonders, dass zwischen dem Verkehrsausschuss und dem Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss eine gute Kooperation stattfindet. Es braucht manchmal eine gewisse Zeit die Vorteile zu erkennen. Insbesondere bin ich dem Sprecher der Bezirksbürgermeister, Bürgermeister

Stockinger aus Thalheim, sehr dankbar, der erkannte welche Vorteile sich daraus ergeben. Gerade im Bereich der Planung bzw. der Raumplanung ist das keine Selbstverständlichkeit.

Die von StR. Lehner beschriebenen Karten hängen nicht umsonst in den Büros, das ist gelebte Wirklichkeit im weitesten Sinn. Inzwischen arbeiten wir auf allen Gebieten zusammen. Wolfgang Pichler aus der Baudirektion bemühte sich sehr eine klare Grundlage zu schaffen. Das Regionalmanagement Oberösterreich, insbesondere Frau DI. Fuchsjäger, machte sich die Mühe uns Politikern das Projekt zu erklären. Auf das Ergebnis bin ich sehr gespannt. Wir alle streben eine zukunftsfähige, konstruktive Lösung an.

GR. Mag. Sönsler: Ergänzend möchte ich auch das Lob von unserer Seite aussprechen. Es handelt sich dabei um einen zukunftsweisenden Weg, die Stadt findet sich mit den Umlandgemeinden mit ihren Fragen zur Raumordnung zusammen. Das ist – wie von StR. Hoflehner erwähnt – nicht selbstverständlich. Wir haben hier immer wieder Systemfehler auszugleichen, die über eine solche Vereinbarung, einen solchen Weg, fachlich und inhaltlich überbrückt werden können.

Als kleine fachliche Anregung möchte ich anmerken, man sollte sich sehr frühzeitig mit der Frage der Schutzgüter beschäftigen, das heißt mit der Frage der Wechselwirkungen, der Frage des Verkehrs und anderen Umweltauswirkungen. Es muss bereits diese Planungsebene damit beschäftigt werden, um sich auf den Projektebenen viele mögliche, oft sehr schwierig zu lösende Fragestellungen zu ersparen.

GR. Hufnagl: Wir hörten, das Ganze wird durch die EU gefördert. Die Bevölkerung sollte darauf aufmerksam gemacht werden, es wird hier etwas Sinnvolles gefördert. Es wird die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefördert und da die EU immer kritisiert wird, sollten solche ganz positiven Impulse hervorgehoben werden.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 25)  
BZ-BauR-5004-2016

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 28.11.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (25. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 26)  
BZ-BauR-5005-2016

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 28.11.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (26. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 408/F.1 (Stadtteil Neustadt)  
BZ-BauR-6007-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 28.11.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 408/F.1 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

GR. Schönberger: Ich melde mich bewusst zum letzten Tagesordnungspunkt zu Wort, möchte aber zu allen drei Punkten Stellung nehmen. Es ist alles schön und gut, wenn wir Verkaufs- und Büroflächen herstellen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass wir eine Stadt sind, in der in erster Linie Menschen wohnen. Auf dieses Wohnen ist Rücksicht zu nehmen. In der Oberfeldstraße bekommen wir zusätzlich den sechsten oder siebten Lebensmittelmarkt. Fährt man in der Oberfeldstraße entlang, weiß man gar nicht, wer die Lebensmittel alle kaufen soll.

Faktum ist, der Verkehr wird mehr. Dasselbe gilt natürlich auch für die drei von der Firma Lutz geplanten Büroblöcke. Es ist lobenswert, denn die Firma Lutz ist einer der größeren Dienstgeber in Wels. Dem ist auch Tribut zu zollen. Aber für eine vernünftige Stadtplanung und eine Zukunftsentwicklung wäre es sehr schön, Strukturen zu finden, die großen Büroblöcke eher außerhalb des Siedlungsgürtels zu bauen, um eine gewisse Wohnqualität innerhalb des Autobahnringes zu erhalten. Es ist schwer umsetzbar, aber trotzdem darf man den Wunsch an die Politik stellen, nachdem wir immer mehr Wirtschafts- und Industrieflächen ermöglichen. Man sollte versuchen die Firmen dazu anzuhalten einen Ortswechsel zu machen. Eines ist ganz sicher, auch wenn das Parkhaus als eine Entlastung für die Römerstraße verkauft wird, ist es nicht sehr angenehm vom Norden her kommend mit dem Rad zur Schule zu fahren. Die

zusätzliche Einfahrt in der Römerstraße ist nicht die beste Lösung vor dem Kreisverkehr.

Diese beiden zu schaffenden Parkdecks sind erst nach deren Fertigstellung eine Variante. Wir werden eine relativ lange Bauphase haben. Ich wünsche mir eine vernünftige Lösung während des Baustellenverkehrs, des Zu- und Abfahrens und des Parkens. Wenn ich mir vorstelle, dass ich in der Grieskirchner Straße stadteinwärts fahre, vorbei bei der Einfahrt zum Möbelix Parkplatz (vor dem Schranken hat genau ein Auto Platz), dann wird es täglich zu Stauungen kommen. 25 Meter weiter befindet sich der Zebrastreifen zum Krankenhaus. Der anschließende Kreisverkehr wird meiner Meinung nach sehr stark belastet werden.

Der Baustellenverkehr soll auch nicht an den Schulen und dem Altersheim vorbei geführt werden. Es braucht im Vorfeld konstruktive Lösungen. Diese gehören mit den betroffenen Firmen ausgearbeitet. Auf die Wünsche der Welser und Welserinnen sollte eingegangen werden.

StR. Hoflehner: Die Bedenken des Kollegen Schönberger kann ich natürlich nachvollziehen. Insbesondere dann, wenn sie sich die genannten Straßenzüge vorstellen und sich die Situation praktisch und faktisch vor Augen führen. Das ist natürlich eine Herausforderung im Verkehrsbereich. Die Oberfeldstraße und die Römerstraße sind beide Straßenzüge, die jetzt schon bei gewissen Abschnitten sehr stark befahren sind, weil sie klassische West-Ost- oder Ost-West-Verbindungen sind. Hier kann man unterm Tag sehr interessante Verkehrsmanöver beobachten. Steht man gegenüber der Firma Zgonc, im östlichen Teil der Oberfeldstraße, kann man sich zu gewissen Zeiten nur schreiend verständigen.

Es ist eine Herausforderung an die Verkehrspolitik Verhältnisse zu schaffen, die eine Entlastung der dort lebenden Bevölkerung bringen. Das werden wir uns vornehmen. Kollege Schönberger sprach einen wichtigen Punkt an, und zwar die Kooperation mit den Firmen. Die Bereitschaft dazu ist gegeben. Wir können die Straßen nicht größer oder breiter machen. Erinnern darf ich an die Tangentiallinie, die ein Beitrag zu einer zukünftigen Verkehrsführung sein kann. Insgesamt ist es eine Herausforderung für die Verkehrspolitik der Stadt Wels. Wir werden uns dieser Herausforderung positiv stellen.

StR. Lehner: Danke für die Diskussionsbeiträge. Ein paar Hinweise dazu: Wir verhandeln gerade mit der Firma Lutz während der Bauphase einen Shuttledienst einzurichten zu den im Eigentum der Firma stehenden Flächen in Oberthan.

Ich hätte mir fast schon Schützenhilfe der GRÜNEN erwartet, als der Wunsch geäußert wurde, die Betriebe in die Peripherie zu verlagern. Als Planungsreferent bin ich sehr froh, wenn es uns gelingt Arbeitsplätze zu schaffen, die von den Menschen fußläufig, mit dem Fahrrad, öffentlich oder auf möglichst kurzem Weg mit dem Auto erreichbar sind. Das ist bei diesem Bauprojekt der Firma Lutz der Fall. Noch besser kann eine Firma gar nicht liegen. Der Bus fährt vorbei, der Bahnhof ist fußläufig erreichbar. Im Umfeld der Firma Lutz wohnen viele Menschen, die vielleicht bei dieser Firma eine Beschäftigung haben. Das gleiche gilt für den Handel. Je weiter entfernt die Einkaufsmöglichkeiten liegen, umso mehr Verkehr wird erzeugt.

Ich wünsche mir als Stadt Wels nicht, dass alle mit dem Auto zu ihren Arbeitsplätzen pendeln. In diesem neuen Parkdeck der Firma Lutz wird es auch überdachte

Radabstellplätze geben. Das war uns in der Planungsphase sehr wichtig. Wir bemühen uns moderne Verkehrskonzepte gemeinsam mit den Welser Unternehmen umzusetzen. Ein Dank an Klaus Hoflehner, der das immer unterstützt.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 12. wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Spindler war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Sicherstellung der quantitativen und qualitativen Versorgung  
der älteren Welser Bevölkerung  
DI-Verf-2027-2016

GR. Ganzert: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Versorgungssicherheit an Pflegeplätzen in der Stadt Wels. In der vergangenen Gemeinderatssitzung wurde eine Resolution an das Land Oberösterreich beschlossen, die eine entsprechende Nutzungsänderung des Hauses Magazinstraße beinhaltet. Es sollen 72 Pflegeplätze wegfallen. In den letzten 15 Jahren hat sich unter der damaligen Referentin StR. Silvia Huber einiges getan. Ich beginne mit dem Alten- und Pflegeheim in der Neustadt, in der Vogelweide, in der Noitzmühle und das aktuelle Bauvorhaben im Bereich Leopold-Spitzer-Heim in der Linzerstraße/Magazinstraße. Hier entstehen mehrere Wohngemeinschaften für an Demenz erkrankte Menschen, andere Serviceeinrichtungen und ein Vollausbau in der mobilen Betreuung. Dadurch konnte die Stadt Wels in der Vergangenheit garantieren einen Pflegeplatz stationär oder vorübergehend zu bekommen. Wenn ein Bedarf bestand, konnte die Stadt Wels rasch handeln und einen Pflege- oder Heimplatz zur Verfügung stellen.

Ich komme kurz auf den Bedarfs- und Entwicklungsplan (BEP) des Landes Oberösterreich zu sprechen. Das Land erstellt für alle Sozialhilfeverbände einen sogenannten Bedarfs- und Entwicklungsplan und setzt damit Ziele fest.

Ich finde, es ist ein hoher Verdienst, dass die Stadt Wels immer am oberen Ende dieses Korridors stand und Plätze anbieten konnte. Dadurch wurden in Akutfällen Plätze und

Zimmer angeboten. Es besteht nicht immer die Möglichkeit Personen adäquat zu Hause zu pflegen. In der Stadt Wels stand bei Bedarf immer ein Heimplatz zur Verfügung. Es kann die Gefahr bestehen, wenn wir Heimplätze reduzieren, dass diese Form der Vorsorge und Pflege nicht mehr so leicht gegeben sein wird. Bewohner der Heime haben Pflegestufen 1, 2 und 3, liegen aber immer noch unter der geforderten Pflegestufe 4. Es ist das Bekenntnis einer sozialen Stadt solche Möglichkeiten anzubieten.

Unser Antrag lautet: „Die zuständige Referentin StR. Margarete Josseck-Herdt und der Magistrat der Stadt Wels mögen sicherstellen, dass nach dem Wegfall der Pflegeplätze in der Magazinstraße die quantitative und qualitative Versorgung unserer Bevölkerung gewährleistet bleibt“. Ich hoffe nicht nur auf Beschlussfassung und rege Diskussion, sondern auf Informationen durch die zuständige Referentin.

StR. Josseck-Herdt: Die Abteilung Seniorenbetreuung hat es sich sicherlich nicht leicht gemacht das Haus in der Magazinstraße zu schließen und einer anderen Verwendung zuzuführen. Um ihnen die Fakten zu nennen, muss ich sie mit ein paar Zahlen quälen. Ich werde es aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf das Mindestmaß reduzieren. Die Stadt Wels verfügt über 490 städtische und 160 private Pflegeplätze. Das sind insgesamt 650 Plätze. Mit dieser Zahl überschreiten wir massiv den Korridor, der laut Bedarfs- und Entwicklungsplan für Wels festgesetzt ist. Es ist auch eine massive Überschreitung der Vorgaben des Landes Oberösterreich.

Herr Kollege Ganzert sagte es bereits, dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan dient als Richtlinie. Ich nehme nur den Sollwert, also weder den Mindestwert noch den Maximalwert. Selbst im Jahr 2021 sind wir noch immer über dem Sollwert, trotz Schließung von 72 Plätzen. Das Heim Magazinstraße ist nicht barrierefrei und entspricht nicht dem qualitativen Standard, den wir für die zukünftigen Heime haben wollen. Von diesen 490 städtischen Betten sind zurzeit nur 465 belegt. 19 Betten sind von auswärtigen Bewohnern belegt, wofür wir nicht verpflichtet sind diese aufzunehmen. Es sind auch 10 Zuweisungsplätze in den privaten Heimen nicht belegt. Wir könnten noch 10 weitere Plätze in den privaten Heimen bewirken - das sind schon 54 Plätze.

Wir haben in den städtischen Heimen 66 Pflegebetten, die von Bewohnern mit den Pflegestufen 0, 1 und 2 belegt sind. Wenn man zu den 66 Bewohnern mit niedrigen Pflegestufen die 54 nicht genutzten Plätze dazurechnet, kommt man auf 120 Plätze. Das Land Oberösterreich will die Pflegestufe 4 als Standard einführen für Menschen, die in einem Pflegeheim unterkommen wollen. Das ist allerdings eine sehr harte Auslegungssache - das wird es bei uns nicht geben. In den letzten Jahren geht der Trend eindeutig in Richtung „mobil vor stationär“. Da sieht man, in der Bevölkerung fand ein Umdenken statt.

Mitte der 90er Jahre war das Alten- und Pflegeheim die erste Wahl für die Pflege im Alter. Ich kenne Beispiele, wo Frauen nach dem Tod ihrer Männer ins Pflegeheim übersiedelten im Alter von 75 Jahren, bei guter Konstitution, weil sie zu Hause einsam waren oder weil ihre Freundinnen im Pflegeheim waren. Das wird es jetzt nicht mehr geben. Es zeigt sich ein massiver Rückgang der Bewohntage in den stationären Einrichtungen, es gibt höhere Pflegestufen und ein viel höheres Alter bei der Übersiedlung ins Pflegeheim, weil die Menschen natürlich viel lieber zu Hause, in den

eigenen vier Wänden bleiben. Alternative Pflegedienste oder die 24 Stunden-Betreuung werden vorgezogen.

Der Ausbau der Mobilen Pflege ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden und wird deshalb auch weiterhin forciert. Zu den derzeit 21.000 Leistungsstunden kommen im Jahr 2017 1.800 dazu. Jedes Jahr wird diese Zahl angehoben. Auch für die Kurzzeitpflege, von der gesprochen wurde, wenn jemand akut aus dem Krankenhaus kommt, haben wir eine Lösung. Wir stellten die Doppelzimmer in Laahen und in der Flurgasse zur Verfügung. Das bedeutet, vorübergehend sind die Menschen in einem 2-Bett-Zimmer untergebracht. Ich denke das ist zumutbar, denn im Krankenhaus liegen sie unter Umständen sogar in einem 4-Bett-Zimmer.

Das Tageszentrum in der Flurgasse wird auch noch viel zu wenig genutzt. Dort können die pflegebedürftigen Senioren den Tag verbringen. Sie können gebadet werden und bekommen ihr Essen. Hier haben wir noch Luft nach oben. Für Senioren, die keine barrierefreie Wohnung haben, die Wohnung zu groß geworden ist oder sich einsam fühlen, sind unsere 123 betreubaren Wohnungen und die 10 Wohnungen mit Service die richtigen Wohnformen. Dieses Angebot soll mit dem Bau des Generationenhauses erweitert werden. Es sind 16 Wohnungen für Senioren in diesem Gebäude vorgesehen. Wenn wir das Haus Magazinstraße schließen, haben wir tatsächlich qualitätsvolle Unterbringungsmöglichkeiten.

Die Reduzierung wird sehr verantwortungsvoll vorgeschlagen. Ich freue mich auf die Eröffnung des Spitzer-Hauses im Oktober nächsten Jahres. Sie sehen daraus, ich habe mir schon viele Gedanken gemacht. Wir werden sicher ein Konzept vorlegen. Wahrscheinlich nicht für die geforderten nächsten Jahrzehnte, das würde zu weit greifen, aber sicher in absehbarer Zeit.

GR. Wiesinger: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, damit er ordentlich diskutiert werden kann.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 17) an den zuständigen Ausschuss wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
gegen 13 Nein Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)  
und 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

GR. Spindler war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt mehr anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Weiterbestand der Jugendherberge, finanzielle Absicherung,  
Erstellung eines Konzeptes für die Weiterführung der Jugend-  
herberge oder Errichtung einer neuen Jugendherberge in  
anderer Form  
DI-Verf-2029-2016

GR. Scheinecker: Der Initiativantrag lautet: „Der Gemeinderat der Stadt Wels bekennt sich zu einer Jugendherberge in Wels. Ein Weiterbestand der Jugendherberge soll durch eine finanzielle Absicherung langfristig gesichert sein. Der Magistrat wird mit der Erstellung eines Konzeptes beauftragt, welches die Weiterführung der bestehenden Jugendherberge oder auch eine neue Jugendherberge in einer anderen Form beinhaltet.“ Dieser wurde nach unserem dritten Tagesordnungspunkt leider obsolet. Im Sinne der vorweihnachtlichen Stimmung und der Friedenslichter versuche ich meine Wortmeldung knapp zu halten und der Jugendherberge meine Abschiedsworte mit auf den Weg zu geben.

Wir schließen heute die Jugendherberge aus wirtschaftlichen Gründen. Es wurde medial davon gesprochen, dass ein Investitionsbedarf von 500.000 Euro nötig gewesen wäre. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen Nutzern und Mitarbeitern der Jugendherberge bedanken. Ich konnte die Jugendherberge selbst besichtigen und sah selten eine so schöne und attraktive Jugendherberge. Das einzige was bemängelt wurde, waren die Fugen in der Dusche. Das kann ich verstehen, aber eine Silikondose kostet keine 500.000 Euro. Wir beschlossen heute den gegebenen Finanzierungsbedarf nicht aufzuwenden. Zahlen wurden genannt von 35.000 bis 1 Mio. Euro oder 95.000 Euro jährlich.

Es wurde ein Angebot an die Stadt getragen, die Jugendherberge am jetzigen Standpunkt weiterzuführen. Für die Stadt Wels wären dafür keine Kosten entstanden. Das Angebot haben wir ad acta gelegt, persönlich finde ich das sehr schade.

Die privaten Investoren sind mit ihrem Innovationsspirit an die Sache heran gegangen, das erwähnte auch Kollege Haböck. Wir hätten uns durchaus anschauen können, wie der Betreiber des Black Horse Inn die Jugendherberge führt. Es wäre Zeit genug gewesen, um in ein bis zwei Jahren noch einmal darüber zu diskutieren, ob die blau/schwarze Mehrheit des Gemeinderates nach diesem Versuch die Jugendherberge schließt. Wir nahmen der Jugendherberge diese Chance.

Ein zweiter ganz wesentlicher Kritikpunkt in meinen Augen ist, dass wir im Beschluss das Argument „Bürgerbeteiligung“ nach hinten verlagerten. Ich finde es sehr schade die Sportvereine, die Schulen und die Kulturvereine nicht an Bord geholt zu haben, um u.a. darüber zu diskutieren, wie man die Jugendherberge besser nutzen hätte können. Es wurde mit ihnen nicht besprochen wie man finanziell damit anders umgehen hätte können, um dieses Einsparungspotenzial zu erreichen ohne diese gleich zu schließen.

Es macht mich traurig, dass die Betroffenen über das WT1-Interview davon erfahren haben. In diesem Interview sprach der Bürgermeister über die Schließung. Die Rede ist definitiv nicht von uns. Das erklärt die „Trauerfeier“ und diverse offene Briefe verschiedenster Kulturvereine.

Ich verstehe natürlich, dass ein gestrafftes Stadtbudget eine effiziente Einsetzung von Ressourcen verlangt. Zwischen der Effizienz und dem Zerstören von Infrastruktur gibt es sehr viel Spielraum. Diesen nutzten wir alle nicht. Wir schauten nicht darauf welchen Spielraum die Jugendherberge hat und wie man es anders machen könnte. Das versäumten wir leider, obwohl es konkrete Angebote gab. Ich persönlich finde das sehr schade. Es ist etwas schwierig einen Antrag zu stellen, der bereits obsolet wurde. Es ist ja nicht so, dass die Jugendlichen in Zukunft keine Herberge mehr suchen.

Bgm. Dr. Rabl: Man könnte ihn ja zurückziehen.

GR. Scheinecker: Nein, das mache ich nicht, ich stehe nach wie vor dahinter. Ich würde es sehr spannend finden, wenn wir für die zukünftigen Formen des jugendlichen Beherbergens mit denjenigen in Kontakt treten, die sich jetzt vor dem Kopf gestoßen fühlen. Deziidiert spreche ich den Referenten an und würde mich freuen, wenn wir bei den zukünftigen Varianten darauf achten inwiefern die Vereine eingebunden werden können, damit wir eine Form der Jugendherberge aufrecht erhalten. Ich hörte es heute bereits - zwei Parteien nutzen ihre Mehrheit, um etwas zu tun. Ich bin der Meinung, es ist die falsche Entscheidung und das falsche Tun.

Vzbg. Kroiß: Wie bereits angesprochen, wurde der Tagesordnungspunkt 3. beschlossen, daher schließen wir die Jugendherberge. Wir werden diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen.

Der Initiativantrag (Anlage 18) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
gegen 20 Nein Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Spindler und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Petra Wimmer

15.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Arbeitskreis für das Projekt „raschere Verfügbarkeit  
finanzieller Mittel für Kautionen und Mieten“;  
Resolution an das Land Oberösterreich  
DI-Verf-2028-2016

GR. Wimmer: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Resolution an das Land Oberösterreich. Es wurde im Zeitraum 2014 bis März 2016 in einer Arbeitsgruppe mit dem Fachgremium der Wohnungslosenhilfe ein Modell erarbeitet, das den Arbeitstitel „raschere Verfügbarkeit finanzieller Mittel für Kautionen und Mieten für armutsbetroffene Menschen“ trägt. Der Bedarf an solchen Mitteln wurde über mehrere Monate in den Sozialeinrichtungen und Sozialberatungsstellen sehr professionell erhoben und abgeglichen. Es wurden verschiedene Modelle und Möglichkeiten je nach den Bedürftigkeiten der Klienten erarbeitet. Es gibt die Möglichkeiten eines Spendenmodells, eines rückzahlbaren Darlehens und einer Mischvariante. Die Prüfung der Ansprüche, die Verwendung der Mittel und die eventuellen Rückzahlungsvereinbarungen sollten direkt in den Sozialeinrichtungen durchgeführt werden, um Doppelbearbeitungen zu vermeiden. Derzeit erfolgt die Vermittlung zahlreicher Ansuchen - bis zu fünfzehn unterschiedliche Ansuchen müssen gestellt werden, um einen Kautionsbetrag aufbringen zu können. Dafür spenden auch viele caritative Einrichtungen. Es ist ein ziemlicher Spießrutenlauf bis man die Kautionen zusammenbringt. Es ist ein Risiko den Betrag überhaupt nicht aufzubringen. Ein einheitliches Modell zur Finanzierung von Kautionen und Mieten für Bedürftige würde eine wesentliche Erleichterung in der Beschaffung der Mittel bringen, die Sozialberatungsstellen würden dadurch entlastet und Ressourcen eingespart werden.

Mein Antrag lautet daher: „Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert das Land Oberösterreich dazu auf den Arbeitskreis für das Projekt „raschere Verfügbarkeit finanzieller Mittel für Kautionen und Mieten“ wieder aufzunehmen und ein einheitliches Modell zu erarbeiten.

GR. Wiesinger: Liebe Petra, ich bin dir sehr dankbar, dass du diesen Antrag gestellt hast. Er zeigt sehr deutlich einen Handlungsbedarf. Persönlich machte ich schon oft die Erfahrung, es scheitert daran, dass Personen keine Kaution sammeln können, um eine billigere Wohnung zu bekommen. Ich sehe aber sehr viele rechtliche Bedenken. Deshalb kam vom Land Oberösterreich keine eindeutige Antwort.

Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen. Es soll auch eine Rechtsmeinung dazu eingeholt werden, um die Angelegenheit ordentlich zu prüfen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 19) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an den zuständigen Ausschuss wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
gegen 13 Nein Stimmen (SPÖ-+ GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Spindler und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einrichtung eines Solidarfonds für die Vergabe von rückzahlbaren,  
zinsfreien Starthilfen für Kautionen und Baukostenzuschüssen  
bis zu einer Höhe von 2.000 Euro für bedürftige WelserInnen  
DI-Verf-2030-2016

GR. Wimmer: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem gleichen Thema auf die Stadt Wels bezogen. Auch hier ist es schwierig für bedürftige Menschen die Einstiegskosten für eine eigene Wohnung zusammenzubringen. Das stellt eine große Hürde dar. Ein Solidaritätsfond von der Stadt Wels für bedürftige Welser würde die Einstiegshürde für eine eigene Wohnung wesentlich erleichtern. Nach Abklärung der Bedürftigkeit der Ansuchenden können Kautionen und Baukostenzuschüsse bis zu einer Höhe von 2.000 Euro vorfinanziert werden. Diese können in kleinen leistbaren Raten mit der Unterstützung von externen Fonds, mit einer Laufzeit bis zu 3 Jahren zurückgezahlt werden.

Somit bleiben die unterstützten Menschen in der Verantwortung, da es sich um eine Vorfinanzierung und nicht um ein Almosen handelt. Bei einer guten Vernetzung von Sozialberatungsstellen und Sozialeinrichtungen wäre die Prüfung der Bedürftigkeit im Rahmen der Betreuung möglich und ein zusätzlicher Mehraufwand wäre nicht notwendig. Denn auch das mühsame Ansuchen bei einzelnen verschiedenen Stellen erfordert sehr viel Zeitaufwand. In Vöcklabruck gibt es „Mikro-Kredite“, das ist ein sehr gutes Beispiel für dieses Modell. Diese werden schon einige Jahre angewandt und funktionieren sehr gut. Sie haben die Erfahrung, dass mit diesem Modell Menschen in Armut und Armutsfallen bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit und der Verbesserung ihrer Lebenssituation nachhaltig unterstützt werden. Eine eigene Wohnung fördert die Stabilität und verringert die Abhängigkeit von Sozialleistungen. Mein Antrag lautet: „Die Stadt Wels wird aufgefordert einen Solidaritätsfond für die Vergabe von rückzahlbaren und zinsfreien Starthilfen für Kautionen und Baukostenzuschüsse bis zu einer Höhe von 2.000 Euro für bedürftige Welser und Welserinnen einzurichten.“

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bereits mit Ende April erarbeitete ich Richtlinien für einen Kautionsfond. Ob man ihn jetzt Kautionsfond oder Solidarfond nennt - es ist ziemlich das Gleiche. Ich scheiterte daran, dass die Stadt Wels keine Bankgeschäfte abwickeln darf. Somit scheitert auch dieser Antrag an diesem Gesetz, da die Stadt Wels keine

Bankgeschäfte und keine Mikro-Kredite vergeben kann. Das genannte Beispiel des Sozialzentrums Vöcklabruck ist richtig. Sie arbeiten mit der Sparkasse zusammen. Das Startkapital 2010 wurde damals von der Sparkasse und ein paar Firmen zur Verfügung gestellt. Auch die Idee selbst hat einen sehr hohen Preis bekommen. Daraus wurden die ersten Kredite für diese Kauttionen vergeben. Diese werden über die Sparkasse abgewickelt. Es gibt auch Solidaritätssparbücher, die mit 0,8 Prozent verzinst werden und die auf „Starthilfe Wohnen“ laufen. Es können aber auch Spenden getätigt werden. Die Problematik mit den Kauttionen ist sehr vakant. Tagtäglich kommen Menschen zu mir, die gerne Kauttionen von der Stadt Wels bekommen möchten. Es ist aber einfach nicht möglich.

Ich möchte mich recht herzlich bei Frau Dlapa und Frau Rebhahn bedanken, die eine sehr große Hilfe für jene Personen sind, die Ansuchen an das Land Oberösterreich stellen. Ich möchte mich auch bei den Serviceclubs bedanken, die immer sehr schnell und unbürokratisch Hilfe leisten, aber auch bei Herrn Schatzmann, der hier sehr engagiert ist. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, um den Solidaritätsfond zu diskutieren.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 20) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

GR. Spindler und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Peter Sönser

17.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für die Jugendherberge  
samt unterschiedlichen Wohnformen für die Jugend in der  
Stadt Wels durch einen Jugendrat  
DI-Verf-2026-2016

GR. Mag. Sönser: Nach der langen Debatte zur Schließung der Jugendherberge brachten wir einen Antrag ein, der leider auch sehr spät auf der Tagesordnung steht. Der Antrag bezieht sich schwerpunktmäßig darauf, die Jugendlichen selbst über Wohn- und Nächtigungsformen entscheiden zu lassen. Der Antrag hat einen Schwerpunkt im Sinne der Beteiligung, über Alternativen nachzudenken und diese zu konkretisieren. Eine Bürger- und Jugendbeteiligung macht sehr viel Sinn, weil diese zur Akzeptanz von

Entwicklungen bei Projekten führt. Die Frage der Akzeptanz kann vor allem über Beteiligung erzielt werden.

Da ich weiß, dass in diesem Haus Beteiligungsprojekte eine hohe Bedeutung haben und ich in Zukunft solche betreiben möchte, erlaube ich mir noch einige wesentliche Aussagen zu machen: Der wesentliche Kernpunkt der bisherigen Erfahrungen der Stadt war die Frage der daran beteiligten Personen und deren Auswahl. Die Schwierigkeit war auch das Ganze auf einen brauchbaren Weg zu bringen, um hier ein repräsentatives Vorgehen zu ermöglichen. Ein weiterer Aspekt bei Beteiligungsmodellen ist, dass man sich damit auseinandersetzt, eine Thematik entwickelt, die ergebnisoffen und sehr stark auf ein konkretes Projekt bezogen ist.

Alle diese Aspekte sind in diesem Antrag miteinbezogen und ich ersuche um ihre Zustimmung.

Vzbgm. Kroiß: Über die Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für die Jugendherberge durch den Jugendrat haben wir gesprochen. Der Jugendrat wird 2017 wieder einberufen. Allerdings wäre das wieder so eine Angelegenheit, wo die Jugendlichen sagen, wir drücken ihnen das Thema aufs Auge, was sie womöglich gar nicht wollen. Darum werden wir diesen Antrag ablehnen. Der Jugendrat wird natürlich 2017 wieder einberufen werden.

Der Initiativantrag (Anlage 21) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
gegen 20 Nein Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Spindler und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verkauf der stadt eigenen Wohnung Nr 12 im Objekt Wels,  
Dr. Breitwieser-Straße 16  
DI-Verf-2031-2016

Bgm. Dr. Andreas Rabl: Wir kommen nun zu den übrig gebliebenen Dringlichkeitsanträgen. Der erste Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit dem Verkauf der stadt eigenen Wohnung Nr. 12 im Objekt Dr.-Breitwieser-Straße mit einer Nutzfläche von 106 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von 108.000 Euro.

Da keine Wortmeldung erfolgt, wird sofort darüber abgestimmt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

GR. Spindler ist bei der Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag nicht mehr anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend die freien oder freiwerdenden Stellen der  
allgemeinmedizinischen Praxen in der Stadt Wels  
nach zu besetzen  
DI-Verf-2032-2016

GR. Mag. Parzmayr: Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem schon länger virulenten Problem. Jeder von uns kennt die Medienberichterstattung. Es gibt einen Ärztemangel und vor allem einen Mangel an Allgemeinmedizinern. Dieser wird auch die Stadt Wels treffen, das ist schon länger bekannt. Im Jahr 2014 lag das Durchschnittsalter der niedergelassenen Hausärzte in Wels bei 55 Jahren. Jeder kann sich ausrechnen - es kommt eine Pensionswelle auf uns zu. Die Nachbesetzung ist oft sehr schwierig. Demgegenüber haben wir in Wels eine wachsende Bevölkerung, vor allem eine wachsende Bevölkerung im höheren Alter. Wenn man älter wird, benötigt man öfter einen Arzt und daher wird der Bedarf steigen. Wir ersuchen die zuständige Referentin schon vorab zeitgerecht Maßnahmen zu treffen, um die quantitative und qualitative Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Vzbgm. Huber: Die letzten paar Worte „quantitative und qualitative Versorgung“ klingen ein bisschen nach einer Retourkutsche, aber ich bin ihnen wirklich sehr dankbar für diesen Dringlichkeitsantrag. Erst habe ich mir gedacht, dass müssen die „Jungspatzen“ gewesen sein, die vielleicht noch nicht wissen, dass die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse für die Bestellung von praktischen Ärzten mit Kassenverträgen zuständig sind. Es besteht für die Stadt Wels in diesem Bereich kaum eine Möglichkeit.

Trotzdem bin ich laufend im Gespräch mit der Gebietskrankenkasse und ab und zu schaffen wir es die ärztliche Versorgung in Wels positiv zu beeinflussen. So erhielten wir kürzlich zwei Facharztstellen in Wels. Ich kann ihnen versichern, dass ich diese Gespräche weiterführen werde.

Im ersten Quartal ist ein runder Tisch mit Herrn Dr. Raus (Ärztkeammervertreter in unserer Region), mit Frau Dr. Lausecker und natürlich praktischen Ärzten geplant. Wir haben derzeit 29 praktische Ärzte mit Kassenverträgen in der Stadt Wels.

Ich möchte diesen Dringlichkeitsantrag kurz nützen, um auf die aktuelle Situation im Gesundheitsdienst hinzuweisen. Herr Dr. Zödl ging leider in Pension. Eine Nachbesetzung der zweiten Amtsarztstelle wird im Februar erfolgen. Das ist dringend notwendig, denn im Gesundheitsdienst laufen wir bei den Pflichtaufgaben derzeit im Notprogramm. Aktuell fehlen dem Gesundheitsdienst zwei 40-Stunden-Kräfte. Wir benötigen eine Diplomkrankenschwester und eine Gesundheitsbeauftragte. Letztgenannte veränderte sich am Magistrat beruflich.

Eine Personalanforderung kann ich laut Herrn Bürgermeister zwar stellen, aber behandeln wird er diese nicht so schnell. Ich möchte nur sagen was das für den Gesundheitsdienst und für unsere gesundheitspolitischen Aufgaben heißt. Der Gesundheitsdienst kann die im Gemeinderat beschlossenen Gesundheitsziele derzeit nicht abarbeiten. Der für das Jahr 2017 vorgesehene Mama-Papa-Kind-Tag und der beliebte Gesundheitstag 50+ wird wohl nicht stattfinden. In der Luft hängen noch der Lungenfunktionstag, der Aidstag, das Suchtkabarett mit rund 600 Besucher jährlich, der jährliche Präventionspreis, die Abwicklung des Projektes „Gesunder Kindergarten“ über das Gesundheitsresort, die geplante Verfolgung des Gesundheitsziels 7, geplante Projekte mit dem Generationentreff zum Gesundheitsziel 9, die Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesundheitsplanung und dem Netzwerk Gesunde Städte, Teilnahme an einem städteübergreifenden Projekt – um nur einige zu nennen.

Also, wenn sie die Gesundheitspolitik in der Stadt ernst nehmen, dann bitte ich sie um Unterstützung in diesem Bereich, damit der Gesundheitsdienst personell aufgestockt wird. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, damit wir uns ausführlich darüber unterhalten können.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Huber auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

GR. Spindler ist bei der Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag nicht mehr anwesend.

Bgm. Dr. Rabl: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Die Sitzung war überproportional lange, das nächste Mal sollten wir uns über Redezeitbeschränkungen unterhalten. Fünfstunden-Sitzungen sind für alle Beteiligten keine besondere Freude.

Ich wünsche allen Gemeinderäten und Mitarbeitern schöne Weihnachten, erholen sie sich gut. Das Friedenslicht wirkte ein bisschen. Wir werden schauen, dass wir es das nächste Mal wirklich von Betlehem bekommen, um fröhliche, besinnliche Weihnachten und eine entsprechende Stimmung zu verbreiten. Vielleicht werde ich auch noch das Lied „Stille Nacht, heilige Nacht“ einspielen lassen, damit wir alle wirklich in Stimmung kommen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, einen guten Rutsch ins neue Jahr! Wir sehen uns im Jänner wieder. Damit ist die Sitzung geschlossen.

## **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 13.03.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*